



VERGABEUNTERLAGEN

225-25-EK7

GUW Vogelstang, technische Ausrüstung - Gleistromanlagen,
Gleichrichter

Offenes Verfahren (EU) (Sektorenverordnung)

Ausschreibung

AUFTRAGGEBER

MV Mannheimer Verkehr GmbH

Möhlstr.27, 68165 Mannheim, Deutschland

08.08.2025

Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen	1
Projektinformation	1
Vertragsbedingungen/Formulare	3
Verfahrensinformationen	3
Verfahrensbrief_V1_final.pdf	3
RNV_Datenschutzinformation	12
Leistungsbeschreibung und Vertragsbedingungen	18
Los 1_Gleichstromanlage Vogelstang	18
Los 2_Gleichrichter_GUW Vogelstang	53
Technische Spezifikation (Leistungsbeschreibung)	55
1 Allgemeines	55
2 Technische Daten Gleichrichter 6-pulsig	57
3 Allgemeine Vorschriften, Dokumentation und Abnahme	59
4 Preisblatt	60
4.1 GUW Vogelstang	60
225-25-EK7_Vertragsbedingungen_V1	61
Allgemeine Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen_Januar 2024	67
Anlage Merkblatt Elektronische Rechnung	73
AnschreibenPDF Rechnung	73
Anforderungen PDF-Rechnung	74
Auszufüllende Formblätter	76
Angebotsschreiben_V1_final (bearbeitbare Datei in den Anlagen)	76
B.II.1. - Allgemeine Angaben zum Unternehmen	79
B.I.1. - Bietergemeinschaftserklärung	80
B.IV.1. - Eigenerklärung Ausschlussgründe	87
B.IX.1. - Verpflichtungserklärung qualifizierten NU	92
Russland-Sanktionen	94
RS_EU_Sanktion_bmwsb_eigenerklaerung	94
Rundschreiben_2022-04-14_BWI7_70904_21_Sanktionen	96
I. EU-Sanktionen gegen Russland	96
II. Verbot der Auftragsvergabe	96
III. Fortführung bestehender Verträge	97
IV. Ausnahmen	97
V. Zuwendungsbau	98
VI. Inkrafttreten	98
Produkte/Leistungen	99
Eignungskriterien	136
Leistungskriterien	144
Anlagen	145

INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG



Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung des unten angegebenen Auftraggebers zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

INFORMATIONEN

ALLGEMEIN

Auftragsnummer	225-25-EK7
Maßnahme	Neubau Gleichrichterunterwerk Vogelstang
Auftragsbezeichnung	GUW Vogelstang, technische Ausrüstung - Gleistromanlagen, Gleichrichter
Auftragsbeschreibung	Technische Aufrüstung des Gleichrichterunterwerks Vogelstang. - Los 1: Gleichstromanlage - Los 2: Gleichrichter

VERFAHREN

Auftraggeber	MV Mannheimer Verkehr GmbH
Weitere Auftraggeber	
Auftraggebertyp	
Liefer-/Ausführungsort	68309 Mannheim
Leistungsart	Lieferleistung
Vergabeart	Offenes Verfahren (EU) (Sektorenverordnung)

VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Ja				
Art der losweisen Vergabe	Bieter kann für ein oder mehrere Lose anbieten				
Höchstzahl der Lose pro Angebot					
Zuschlagskriterium	Niedrigster Preis				
	Optionale Positionen werden in den Angebotspreis eingerechnet.				
Klassifizierungen	<table><tr><th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr><tr><td>31153000-3</td><td>Gleichrichter</td></tr></table>	Code	Bezeichnung	31153000-3	Gleichrichter
Code	Bezeichnung				
31153000-3	Gleichrichter				

ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind nicht zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Ja
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboa_rd_off
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB

SONSTIGE ANGABEN

Vertragsart	Bestellung
-------------	------------

TERMINE

ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Ja

BEKANNTMACHUNG

Vorinformation	
Bekanntmachung	13.08.2025

ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Angebotsfrist	29.08.2025 10:00:00
Frist Bieterfragen	21.08.2025 10:00
Eröffnungstermin	
Bindefrist	15.10.2025
Versand Vorabinformation	02.10.2025

AUFTRAGSDAUER

Beginn	30.03.2026
Ende	31.03.2026
Anmerkungen	

ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_rd_off mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

BIETERFRAGEN

Bieterfragen müssen bis spätestens 21.08.2025 10:00 Uhr eingegangen sein.

Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert.

Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden.

Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_rd_off

Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

Hinweis: Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

Verfahrensbrief

1 Übersicht

1.1 Auftraggeber

Auftraggeber ist die MV Mannheimer Verkehr GmbH (MV), Möhlstraße 27, 68165 Mannheim.

Wir informieren sie darüber, dass die MV Mannheimer Verkehr GmbH (MV) die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv) zur Betreuung des von uns vergebenen Projektes einsetzt. Die rnv tritt ausschließlich im Namen und Auftrag der MV auf. Die MV ist und bleibt ihr einziger Vertragspartner. Ihr Ansprechpartner ist die rnv.

1.2 Ziel Verfahrensbrief

Mit diesem Verfahrensbrief möchte die MV Mannheimer Verkehr GmbH („MV“ oder „Auftraggeber“) den Ablauf des Verfahrens über die technische Ausrüstung des GUW Vogelstang beschreiben.

1.3 Verfahrensablauf

- ☒ offenes Verfahren
- ☐ nicht offenes Verfahren
- ☐ Verhandlungsverfahren
- ☐ Wettbewerblicher Dialog
- ☐ öffentliche Ausschreibung

1.4 Zeitplan

Der vorläufige Terminplan für das weitere Vergabeverfahren sieht wie folgt aus:

Termin	Verfahrensschritt
29.08.2025, 10:00 Uhr	Schlusstermin für den Eingang der Angebote
29.08.2025, 10:00 Uhr	Angebotsöffnung
21.08.2025, 10:00 Uhr	Fragen zu den Vergabeunterlagen
15.10.2025	Zuschlags- und Bindefrist

[GUW Vogelstang, technische Ausrüstung]
[225-25-EK7]

Spätestens 31.03.2026	Liefertermin
--------------------------	--------------

1.5 Anwendbares Recht

Das Vergabeverfahren wird als [Offenes Verfahren] nach [der Sektorenverordnung (SektVO) und dem GWB], durchgeführt.

1.6 Losweise Vergabe

Die Leistung wird in Lose aufgeteilt. Diese sind wie folgt

Los 1: Gleichstromschaltanlage

Los 2: Gleichrichter

Der Bieter kann für ein oder mehrere oder alle Lose ein Angebot einreichen.

2 Verfahrensbedingungen

2.1 Kommunikation im Vergabeverfahren

Die Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt über die Vergabeplattform [https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off]. Jeder Bieter ist verpflichtet, sich über die Vergabeplattform [https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off] regelmäßig und selbstständig über zur Verfügung gestellte, geänderte oder zusätzliche Dokumente und Beantwortungen von Bieterfragen zu informieren.

Angebote sind ausschließlich in Textform mithilfe elektronischer Mittel nach § 126 b BGB über die Vergabeplattform der rnv unter [https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off] einzureichen.

Bitte beachten Sie, dass die Abgabe von Angeboten ausschließlich über die vorgesehene Funktion auf der Vergabeplattform erfolgen muss. Eine Übermittlung mittels Bieternachricht führt zum Ausschluss.

Änderungen an den vorformulierten Texten der Vergabeunterlagen sind unzulässig und können zum Ausschluss vom weiteren Vergabeverfahren führen. Etwaige Änderungen an den Eintragungen des Bieters müssen zweifelsfrei und dokumentenecht sein.

2.2 Vertraulichkeit

2.2.1 Verwendung der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen der rnv dürfen nur zur Erstellung des Angebots und zur Erfüllung des evtl. folgenden Auftrags verwendet werden und sind vertraulich zu behandeln. Jede Verwendung für andere Zwecke, jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder Weitergabe an Dritte ist ohne die ausdrückliche Zustimmung der rnv untersagt.

2.2.2 Verschwiegenheit

Jeder Bieter hat - auch nach Beendigung des Vergabeverfahrens - über die ihm dabei bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Er hat hierzu auch die mit der Sache befassten Mitarbeiter zu verpflichten.

2.3 Angebote

2.3.1 Hinweispflicht der Bieter und Fragefrist

Enthalten die Bekanntmachung oder die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Unterlagen Unklarheiten, Widersprüche oder verstoßen diese nach Auffassung des Bieters gegen geltendes Recht, so hat der Bieter die rnv unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen.

Fragen zu der Bekanntmachung und den übersandten Unterlagen sind unverzüglich, spätestens aber bis zum

[21.08.2025, 10:00 Uhr]

über die Vergabeplattform https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off zu stellen.

Die Beantwortung von Fragen der Bieter und sonstige verfahrensrelevante Informationen erfolgen grundsätzlich über die Vergabeplattform https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off.

2.3.2 Form und Frist Einreichung Angebote

Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen. Sie sind in Textform mithilfe elektronischer Mittel nach § 126 b BGB über die Vergabeplattform der rnv unter https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off bis zum

[29.08.2025, 10:00 Uhr]

einzureichen.

Verspätet eingegangene Angebote werden nicht berücksichtigt. Das Recht zur Nachforderung bei unvollständigen Angeboten bleibt davon unberührt.

2.3.3 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkung

Angebote von Bieter, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden grundsätzlich vom Verfahren ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

Der Geheimwettbewerb ist in jeder Phase des Vergabeverfahrens zu gewährleisten. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass Mehrfachbeteiligungen am Vergabeverfahren zur Verletzung des Geheimwettbewerbs und damit zum Angebotsausschluss führen können.

Der Auftraggeber weist ferner darauf hin, dass die Bildung von Bietergemeinschaften nach § 1 GWB zu verbotenen Einschränkungen oder Verfälschungen des Wettbewerbs führen kann.

2.3.4. Bietergemeinschaften (Änderungen in dem Zusammenhang)

Im Falle der Angebotsabgabe durch eine Bietergemeinschaft muss jedes Bietergemeinschaftsmitglied eine unterschriebene Bietergemeinschaftserklärung mit dem Angebot einreichen (Formblatt B.I. 1).). Eine Veränderung der Zusammensetzung der Bietergemeinschaft ist grundsätzlich unzulässig.

2.3.5. Unterauftragnehmer/Eignungsleihe

Sofern der Bieter zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des anderen Unternehmens in Anspruch nehmen will. Das andere Unternehmen, auf dessen Eignung sich der Bieter bezieht, muss seine Eignung in dem Umfang nachweisen, in dem eine Eignungsleihe stattfindet. Das bedeutet, dass im Fall der Eignungsleihe in Bezug auf die Technische und berufliche Leistungsfähigkeit auch Referenzen des anderen Unternehmens anzugeben sind.

Außerdem muss der Bieter durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden (Formblatt B.IX.1).

Im Rahmen der Eignungsprüfung wird der Auftraggeber prüfen, ob das Unternehmen, dessen Kapazitäten der Bieter für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Kriterien erfüllt und ob Ausschlussgründe, insbesondere zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB oder fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB, vorliegen. Hierfür muss der Bieter durch das Unternehmen Formblatt B.IV.1 ausfüllen lassen und mit dem Angebot einreichen. Sofern ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB bei dem vom Bieter benannten Unternehmen vorliegt oder das Unternehmen das entsprechende Eignungskriterium, für das es benannt wurde, nicht erfüllt, wird der Auftraggeber dem Bieter gemäß § 47 Abs. 2 SektVO vorschreiben, das Unternehmen zu ersetzen. Sofern ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vorliegt, wird der Auftraggeber nach pflichtgemäßem Ermessen entscheiden, ob der Bieter das Unternehmen ersetzen muss. Für die Aufforderung zur Ersetzung eines benannten Unternehmens wird die rnv den Bietern eine Frist setzen.

Im Übrigen ist der Austausch eines einmal benannten anderen Unternehmens zu einem späteren Zeitpunkt grundsätzlich unzulässig.

Nachunternehmer, die der Bieter für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

2.3.6. Inhalt der Angebote

Von den Bietern sind mit dem Angebot alle geforderten Unterlagen und Nachweise einzureichen. Soweit den Bietern Formblätter zur Erstellung der Angebote zur Verfügung gestellt wurden, sind diese Formblätter für die Erstellung des Angebotes zu verwenden.

2.3.7 Eröffnungstermin der Angebote

Zum Eröffnungstermin der Angebote sind Bieter oder deren Bevollmächtigte nicht zugelassen.

2.3.8 Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

2.3.9 Prüfung auf Vorliegen von Ausschlussgründen

Nach Eingang der Angebote erfolgt eine Prüfung auf Vorliegen von Ausschlussgründen. Ein zwingender Ausschluss des Bieters erfolgt bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 123 GWB. Davon kann gegebenenfalls unter den in § 123 Abs. 4 S. 2, Abs. 5, § 125, § 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden.

Des Weiteren kann ein Ausschluss erfolgen, bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 124 GWB, nach § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG), nach § 98c Aufenthaltsgesetz (AufenthG), nach § 19 Mindestlohngesetz (MiLoG) und nach § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG). Davon kann nach pflichtgemäßem Ermessen und gegebenenfalls unter den in §§ 125 und 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden.

2.3.10 Prüfung auf Erlaubnis zur Berufsausübung und Leistungsfähigkeit

Es erfolgt die Prüfung der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit und der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit des Bieters gemessen an der zu vergebenden Leistung anhand der vom Bieter eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise.

2.3.11 Prüfung und Wertung der Angebote

- **Formale Prüfung:** Der Auftraggeber wird die eingegangenen Angebote zunächst anhand der in den Vergabeunterlagen genannten Anforderungen in formaler Hinsicht überprüfen. Soweit sich daraus ergibt, dass bei einem Angebot Unterlagen fehlen oder unvollständig sind, wird der Auftraggeber im Rahmen des § 51 SektVO den betroffenen Bieter auffordern, Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen.
- **Angemessenheitsprüfung:** Der Auftraggeber wird die eingegangenen Angebote rechnerisch, technisch und wirtschaftlich prüfen. Hierzu wird der Auftraggeber die von den Bietern angegebenen Preise auf deren Angemessenheit überprüfen. Soweit sich daraus ergibt, dass ein Angebot unangemessen hoch bzw. unangemessen niedrig erscheint, wird

der Auftraggeber den Bieter auffordern, die angebotenen Preise gemäß § 54 SektVO aufzuklären.

- **Wertung anhand der Zuschlagskriterien:** Die weitere Wertung der Angebote erfolgt auf der Grundlage des folgenden Wertungskriteriums:

100% Preis.

Der Zuschlag erfolgt gemäß § 52 Abs. 1 SektVO auf das wirtschaftliche Angebot je Los, gemäß dem oben genannten Zuschlagskriterium.

2.3.12 Anfordern zusätzlicher Unterlagen

Der Auftraggeber behält sich vor, von den Bietern zusätzliche Unterlagen zur Aufklärung, Verifizierung und Validierung der eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise anzufordern.

Auf Verlangen ist eine Urkalkulation in einem verschlossenen/versiegelten Umschlag mit Angabe der Projektnummer und Projektbezeichnung dem Auftraggeber zu überreichen.

2.3.13 Zuschlag

Die nicht erfolgreichen Bieter werden über die Zuschlagsabsicht gemäß § 134 GWB informiert werden.

Die Zuschlags- und Bindefrist endet am [15.10.2025]. Bis zu diesem Termin sind die Bieter an ihre finalen Angebote gebunden.

2.3.14 Kosten für die Teilnahme am Verfahren

Für Erstellung der Angebotsunterlagen und die Teilnahme an diesem Verfahren werden Kosten nicht erstattet und Entschädigungen nicht gewährt.

3 Rügepflicht und Nachprüfung

3.1 Zulässigkeit Nachprüfungsantrag

Die Zulässigkeit von Nachprüfungsanträgen richtet sich nach § 160 GWB. Nach § 160 Abs. 3 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Dies gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

3.2 Vergabekammer

Der Bieter kann sich zur Nachprüfung behaupteter Vergabeverstöße an folgende Stelle wenden:

Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe
Durlacher Allee 3
76137 Karlsruhe

Tel.: 0721 / 926-8730

Fax: 0721 / 926-3985

E-Mail: poststelle@rpk.bwl.de

Internet: <http://www.rp-karlsruhe.de/servlet/PB/menu/1159131/index.html>

3.3 Rechtsgrundlagen

Für die Einlegung von Rechtsbehelfen gelten u.a. die folgenden Regelungen des GWB:

§ 134 Informations- und Wartepflicht

(1) Öffentliche Auftraggeber haben die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bieter, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

(2) Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bieter kommt es nicht an. Die Informationspflicht entfällt in Fällen, in denen das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit gerechtfertigt ist. Im Fall verteidigungs- oder sicherheitsspezifischer Aufträge können öffentliche Auftraggeber beschließen, bestimmte Informationen über die Zuschlagserteilung oder den Abschluss einer Rahmenvereinbarung nicht mitzuteilen, soweit die Offenlegung den Gesetzesvollzug behindert, dem öffentlichen Interesse, insbesondere Verteidigungs- oder Sicherheitsinteressen, zuwiderläuft, berechnigte geschäftliche Interessen von Unternehmen schädigt oder den lauterer Wettbewerb zwischen ihnen beeinträchtigen könnte.

§ 135 Unwirksamkeit

(1) Ein öffentlicher Auftrag ist von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber

1. gegen § 134 verstoßen hat oder
2. den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist.

(2) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

(3) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 Nummer 2 tritt nicht ein, wenn

1. der öffentliche Auftraggeber der Ansicht ist, dass die Auftragsvergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zu-lässig ist,
2. der öffentliche Auftraggeber eine Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht hat, mit der er die Absicht bekundet, den Vertrag abzuschließen, und
3. der Vertrag nicht vor Ablauf einer Frist von mindestens zehn Kalendertagen, gerechnet ab dem Tag nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung, abgeschlossen wurde.

Die Bekanntmachung nach Satz 1 Nummer 2 muss den Namen und die Kontaktdaten des öffentlichen Auftraggebers, die Beschreibung des Vertragsgegenstands, die Begründung der Entscheidung des Auftraggebers, den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zu vergeben, und den Namen und die Kontaktdaten des Unternehmens, das den Zuschlag erhalten soll, umfassen.

§ 160 Einleitung, Antrag

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

[GUW Vogelstang, technische Ausrüstung]
[225-25-EK7]

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

3.4 Weiterleitung von Vergabeunterlagen

Der Auftraggeber ist im Falle eines Nachprüfungsantrags verpflichtet, die Vergabeakten, die auch die abgegebenen Angebote enthalten, an die Vergabekammer weiterzuleiten. Gemäß § 165 GWB haben die Verfahrensbeteiligten unter Umständen Anspruch auf Akteneinsicht und können sich gegebenenfalls Ausfertigungen, Auszüge oder Abschriften erteilen lassen. Die Vergabekammer hat die Einsicht in die Unterlagen zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimschutzes oder zur Wahrung von Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen geboten ist. Es ist daher im Interesse des Bieters, bereits mit der Abgabe des Angebotes eine entsprechende Kennzeichnung der Stellen vorzunehmen, die Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten.

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Wichtiger Hinweis an Bieter als Arbeitgeber:

Wir verarbeiten im Rahmen des Vergabeverfahrens die personenbezogenen Daten von Mitarbeitern Ihres Unternehmens, aus denjenigen Unterlagen, die Sie im Vergabeverfahren an uns übermitteln (insbesondere Teilnahmeanträge und Angebote). Im Hinblick auf die insoweit von Ihnen an uns übersandten Informationen zu Mitarbeitern Ihres Unternehmens delegieren wir hiermit unsere Informationspflichten gemäß den Artt. 13 und 14 DSGVO gegenüber den betroffenen Personen auf Sie als Bieter. Wir bitten Sie deshalb, dieses Hinweisblatt vor der Übermittlung solcher Unterlagen allen betroffenen Beschäftigten auszuhändigen.

1. Einleitung

Die im Rahmen des Vergabeverfahrens zur **Technischen Ausrüstung GUW Vogelstang** bei der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH („rnv“, „wir“ und „uns“) einzureichenden Dokumente enthalten personenbezogene Daten, die für die Kommunikation und für die Entscheidungsfindung im Vergabeverfahren erforderlich sind. Der Schutz dieser Daten ist uns wichtig. Wir verarbeiten sie daher mit größtmöglicher Sorgfalt und in Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen.

Nachfolgend informieren wir Sie gemäß den Vorgaben der Artt. 13 und 14 der Europäischen Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte als Betroffener.

2. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortlicher im Sinne der DSGVO:

rnv Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim
Tel.: 0621-465-0
E-Mail: kundenservice@rnv-online.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

CTM-COM GmbH
Moritz Görmann
In den Leppsteinswiesen 14
64380 Roßdorf
Tel.: 06154-57605 111
E-Mail: datenschutz@ctm-com.de

3. Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen des Vergabeverfahrens von Ihnen oder Ihrem Arbeitgeber erhalten. Das sind insbesondere die Daten aus Teilnahmeanträgen oder Angeboten, die im Vergabeverfahren gefordert und einzureichen sind. Regelmäßig handelt es sich dabei um:

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

- dienstliche Kontaktdaten von Ihnen als Einzelunternehmer oder Mitarbeiter Ihres Arbeitgebers, wie Vor- und Nachname, Position im Unternehmen, berufliche Telefonnummer und E-Mail-Adresse,
- Angaben zu Ihrem beruflichen Werdegang und Ihrer beruflichen Qualifikation, wie Lebensläufe, Berufsabschlüsse und persönliche Berufserfahrungen.

Darüber hinaus verarbeiten wir – soweit für das Vergabeverfahren erforderlich – personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen wie Handels- und Vereinsregister, Gewerbezentralregister bzw. Wettbewerbsregister, Presse, Internet zulässigerweise erheben dürfen oder die uns von anderen Behörden des Bundes und der Länder oder von sonstigen Dritten (z.B. Auskunftsteilen) berechtigt übermittelt werden.

Wir erheben darüber hinaus personenbezogene Daten, z.B. im Zusammenhang mit Bedarfserhebungen, Beschaffungsvorhaben, Teilnahmeanträgen, Angeboten, Fragen, welche z.B. über Webformulare in eVergabepattformen oder per E-Mail an uns übermittelt werden, Daten aus der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen (z.B. Zahlungsverkehr) sowie Dokumentationsdaten (z.B. über Fragen und Antworten zu unseren Vergabeverfahren).

4. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) und – soweit anwendbar – des Bundesdatenschutzgesetzes („**BDSG**“) sowie gegebenenfalls weiteren anwendbaren Datenschutzbestimmungen.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zum Zweck der rechtmäßigen Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens, im Einzelnen zur:

- Einhaltung der geltenden vergaberechtlichen Vorschriften, insbesondere der Vergabe Grundsätze des Wettbewerbs, der Transparenz, der Wirtschaftlichkeit, der Verhältnismäßigkeit, der Gleichbehandlung
- Prüfung und Beantwortung von Fragen und Hinweisen von Bietern im Vergabeverfahren
- Prüfung und Wertung von Interessensbekundungen, Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträgen und Angeboten im Vergabeverfahren, insbesondere auf vergaberechtliche Ausschlussgründe
- Dokumentation des Vergabeverfahrens
- Führung einer sachdienlichen Kommunikation während des Vergabeverfahrens.

Soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zur Durchführung der für uns verpflichtenden Eignungsprüfung (insbesondere Angaben zur Befähigung und gegebenenfalls Erlaubnis zur Berufsausübung sowie zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit) und für die Prüfung zwingender Ausschlussgründe wegen eines Verstoßes gegen bestimmte Strafvorschriften erfolgt, ist diese gemäß Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. c), Absatz 3 DSGVO in Verbindung mit den §§ 122 und 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen („**GW**B“) zur Erfüllung dieser rechtlichen Verpflichtungen zulässig.

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Im Übrigen ist die Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen des Vergabeverfahrens Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. f) DSGVO. Diese Vorschrift gestattet uns die Verarbeitung personenbezogener Daten, soweit dies zur Wahrung unserer berechtigten Interessen oder der Interessen eines Dritten erforderlich ist, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Personen, die den Schutz personenbezogener Daten erforderlich machen, überwiegen. Unser berechtigtes Interesse besteht in der ordnungsgemäßen Durchführung des Vergabeverfahrens unter Beachtung der insoweit geltenden gesetzlichen Vorgaben.

5. Wer bekommt Ihre Daten?

Eine Weitergabe Ihrer Daten erfolgt nur, soweit eine Rechtsgrundlage dies gestattet. Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich und zulässig – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von Gewerbezentralregister-Auskünften gem. § 150a GewO
- zuständige Stellen für vergaberechtliche relevante Register (z.B. Wettbewerbsregister, Transparenzregister)
- zuständige Stellen zur Einholung von Auskünften betreffend das Vorliegen von vergaberechtlichen Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung etwaiger bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- mit der Beratung oder Unterstützung im Vergabeverfahren beauftragte Dritte (z.B. Ingenieurbüros, Beratungsunternehmen, Rechtsanwaltskanzleien)
- Teilnehmer am Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung
- Instanzen für die Nachprüfung von Vergabeverfahren und die dort beteiligten Parteien
- Rechnungsprüfungs-, Revisions- und Kontrollinstanzen.

Soweit wir mit **Auftragsverarbeitern** zusammenarbeiten, werden Ihre Daten an diese weitergegeben. Auftragsverarbeiter sind Unternehmen, die wir im gesetzlich vorgesehenen Rahmen (Art. 28 DSGVO) mit der Verarbeitung von Daten beauftragen (Dienstleister, Erfüllungsgehilfen) und entsprechend anweisen. Wir bleiben auch in diesem Fall weiterhin für den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten verantwortlich. Beauftragt werden diese Unternehmen von uns insbesondere in folgenden Bereichen

- Bereitstellung und Betrieb der im Vergabeverfahren eingesetzten eVergabepattformen
- ggf. Digitalisierung von in Papierform im Vergabeverfahren eingereichten Unterlagen,

6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies zur Durchführung des Vergabeverfahrens und unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Als Bestandteil der Dokumentation des Vergabeverfahrens fallen Ihre Daten unter die Aufbewahrungsfristen gemäß § 8 Abs. 4 VgV (bis zum Ende der Laufzeit des Vertrages oder Rahmenvertrages, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlages) oder im Fall einer Unterschwellenvergabe gemäß § 6 Abs. 2 UVgO (mindestens drei Jahre ab dem Tag des Zuschlages).

Darüber hinaus können für uns abweichende Aufbewahrungsfristen gelten, die in Rechts- und

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Verwaltungsvorschriften wie denjenigen zur Bundeshaushaltsordnung festgelegt sind. Gemäß diesen Vorschriften kann eine Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren erforderlich sein.

Soweit nach Beendigung des Vergabeverfahrens durch Ihr Unternehmen oder durch uns noch Ansprüche bestehen oder geltend gemacht werden, werden Ihre personenbezogenen Daten jedoch erst dann gelöscht, wenn diese Ansprüche abschließend geklärt sind, spätestens jedoch mit Ablauf der gesetzlichen Verjährungsfrist. Gemäß den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches („BGB“) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten für die vorgenannten Zwecke nicht mehr erforderlich ist, löschen wir diese.

7. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung in Drittländer (Staaten außerhalb der europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums - EWR) oder an eine internationale Organisation findet nicht statt.

8. Welche Rechte haben Sie?

Sie haben unter den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen uns gegenüber folgende Rechte:

a. Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)

Gemäß Art. 15 DSGVO haben Sie das Recht, von uns eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob wir personenbezogene Daten verarbeiten, die Sie betreffen. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf detaillierte Auskunft über die Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten. Die Auskunftserteilung kann in begründeten Einzelfällen auf Grundlage des Art. 12 Abs. 5 Satz 2 lit. b) DSGVO oder der in § 34 BDSG geregelten Fälle abgelehnt werden.

b. Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)

Sie können von uns die unverzügliche Berichtigung unrichtiger Daten verlangen, die Sie betreffen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie zudem das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.

c. Recht auf Löschung oder „Recht auf Vergessenwerden“ (Art. 17 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 17 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten. Dieses Recht ist in den in Artikel 17 Abs. 3 DSGVO genannten Fällen eingeschränkt.

d. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, u.a. wenn und solange Uneinigkeit über die Richtigkeit Ihrer Daten besteht, Sie eine Löschung der Daten ablehnen oder Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen und noch nicht feststeht, ob unsere berechtigten Interessen

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

überwiegen.

e. Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Soweit eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns ausnahmsweise auf Ihrer freiwillig erteilten und jederzeit widerrufbaren Einwilligung oder einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. b) DSGVO beruht, können Sie bei Vorliegen der in Art. 20 DSGVO genannten Voraussetzungen auch die Herausgabe der im Rahmen des Vergabeverfahrens bereitgestellten personenbezogenen Daten oder deren Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen verlangen (**Recht auf Datenübertragbarkeit**).

f. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO)

Ferner haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde insbesondere in dem EU-Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Ortes des mutmaßlichen Verstoßes, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen die DSGVO oder andere Datenschutzvorschriften verstößt.

Die Anschrift der für die rnv zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Königstraße 10a
70173 Stuttgart
Tel: 0711 61 55 41-0
E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de

Weitere verwaltungsrechtliche oder gerichtliche Rechtsbehelfe, die Ihnen möglicherweise zustehen, bleiben hiervon unberührt.

9. Besteht für Sie eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Im Rahmen des Vergabeverfahrens müssen diejenigen Ihrer personenbezogenen Daten bereitgestellt werden, die für die Durchführung und Verwaltung eines rechtmäßigen Vergabeverfahrens und der damit verbundenen vergaberechtlichen Rechte und Pflichten von uns als öffentlichem Auftraggeber erforderlich sind.

Ohne diese Daten wird die rechtmäßige Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens gefährdet.

10. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall?

Zur Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens findet grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO statt. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren.

Widerspruchsrecht gemäß Art. 21 DSGVO

Sie haben zudem das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. f) DSGVO

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

(Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO einzulegen. Dies gilt auch für ein etwa auf diese Bestimmung gestütztes Profiling im Sinne von Art. 4 Nr. 4 DSGVO.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten; es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch ist formfrei möglich und an die unter Ziffer 2 angegebenen Kontaktdaten zu richten.

Los 1

Leistungsbeschreibung

Gleichstromschaltanlage

GUW Vogelstang

Inhalt

1.0	Allgemeines	3
2.1	Plusverteilungsfeld/Gleichrichterbedienfeld (1000 mm Feldbreite)	8
2.3	Streckenabgangsfeld 1 (800mm Feldbreite)	19
3.0	Spezifikation Kabellieferung, Verlegung und Anschluss	29
4.0	Planungsunterlagen, Dokumentation, Revision der Pläne	30
5.0	Anlagenzubehör	31
6.0	Messungen/Kurzschlussversuche	32
7.0	Inbetriebnahme und Einweisung	33
8.0	Stundenlohnarbeiten	34
9.0	Preisblatt	35

Technische Spezifikation (Leistungsbeschreibung)

1.0 Allgemeines

Für ein Gleichrichterunterwerk in Mannheim ist im Netz der RNV GmbH eine 2-feldrige Gleichstromanlage bestehend aus einer Plusverteilung/Gleichrichterbedienfeld und einem Streckenabgangsfeld anzubieten und frei Baustelle zu liefern. Das Angebot beinhaltet die Lieferung und das Einbringen aller Schaltfelder in das vorhandene Gebäude inkl. aller dafür erforderlichen Hilfsmittel.

Die Steuerung des Plusverteilungs-/Gleichrichterbedienfeld erfolgt mittels einer speicherprogrammierbaren Steuerung (SPS). Die Steuerung ist in die Automatisierung der einzelnen Streckenfelder der Gleichstromschaltanlage mit einzubinden.

Die Streckenabgangsfelder in ausziehbarer Technik sind mit einem digitalem Streckenschutz und einer autarken speicherprogrammierbaren Steuerung zu liefern.

Das Automatisationsprogramm und dessen Software für die Gleichstromanlage sind Bestandteil des Angebotes.

Bei allen Lieferungen und Leistungen sind die einschlägigen Vorschriften und Empfehlungen wie BOStrab, VDE, UVV, DIN, VDV, EN unter anderem zu beachten, soweit diese den Bau und die Inbetriebnahme des Bauvorhabens betreffen. Insbesondere müssen die Anforderungen der Unfallverhütungsvorschrift BGV A2 und die UVV „Arbeiten im Bereich von Gleisen“ beachtet werden. Weiterhin sind die ortspolizeilichen Vorschriften und Auflagen einzuhalten.

Inbesondere wird auf folgende Punkte hingewiesen:

- die VDE-Bestimmungen, insbesondere die VDE 0115
- die Verordnung über Bau und Betrieb der Straßenbahnen und Eisenbahnen (EBO)
- die Unfallverhütungsvorschriften und Auflagen der Berufsgenossenschaft und der Gewerbeaufsicht
- die anerkannten Regeln des Handwerks und der Technik

Sämtliche übrigen für die Errichtung und Abnahme von Stromversorgungsanlagen gültigen Vorschriften und Auflagen der Aufsichtsbehörden (Technische Aufsichtsbehörden) und alle einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen sind umzusetzen.

Die Einheitspreise umfassen die Entschädigung für alle zur Bedingungsmäßigen Herstellung und Vollendung einer abnahmefähigen und gebrauchsfertigen Anlage einschließlich der notwendigen Leistungen und Nebenleistungen, insbesondere für die zur planmäßigen Durchführung der Arbeiten erforderlichen Mehraufwendungen für Arbeiterschwerungen und evtl. Mehraufwand zur Einhaltung der vorgeschriebenen Ausführungsfristen.

Für die Anlagen sind unabhängig von der folgenden Leistungsbeschreibung aller Bauteile, die zur vollen Funktionsfähigkeit benötigt werden, zu liefern und einzubauen, auch wenn diese nicht im Detail aufgeführt sind. Dies sind insbesondere für eventuell abweichende Ausführungen gleichwertiger Art einzelner Positionen des LV's, bei denen dann alle benötigten Lieferungen und Leistungen zur funktionsfähigen Herstellung mit dem angegebenen Einheitspreis abgegolten sind.

Die angebotenen Geräte und Anlagenteile müssen die vorgegebene Funktionalität der Anlage gewährleisten.

Die vorgegebenen Abmessungen sind zwingend und sind einzuhalten.

Dem Angebot sind Zeichnungen, Maßbilder, Aufstellungspläne der Gleichstromschaltanlage und alle zur Beurteilung notwendigen Unterlagen beizufügen.

Nach Auftragserteilung sind dem AG innerhalb 14 Arbeitstagen die technischen Unterlagen zur Genehmigung vorzulegen.

Die Anordnungs-, Stromlauf-, Klemmenpläne, Gerätelisten und Kabellisten sind auf dem Moeller CAD-System Proplan zu erstellen.

Nach Inbetriebnahme der Anlage sind die Pläne auf den neusten Stand zu bringen und 2-fach auf Papier und Datenträger zu liefern.

Die Gleichstromanlage ist nach dem neuesten Stand und den anerkannten Regeln der Technik zu erstellen.

Das Angebot ist in zweifacher Ausführung abzugeben.

Maßgebend ist der volle Wortlaut der Leistungsbeschreibung.

2.0 Technische Daten Gleichstromanlage

Die Gleichstromanlage setzt sich aus folgenden Teilkomponenten zusammen:

1 Stück	Plusverteilung/Gleichrichterbedienung
1 Stück	Streckenabgangsfeld

Elektrotechnische Angaben Gleichstromanlage:

Nennspannung	900V
Bemessungs- Isolationsspannung	1,2kV
Bemessungs- Stehstossspannung (Leiter gegen Erde)	8kV
Stehwechselspannungspegel Hauptstromkreise (Leiter gegen Erde)	3,6kV
Stehwechselspannungspegel Hilfsstromkreise	2kV
Nennstrom der Sammelschiene	3kA
DC-Hilfsspannung	60V
DC-Hilfsspannung SPS-Steuerung	24V
Schutzart Leistungsschalterfeld	IP20
Schutzart Niederspannungs-nische	IP40

Die Gleichstromanlage ist:

- isoliert aufzubauen, zentral zu Erden und über ein Stromrelais definiert abzusichern
- ist zusätzlich mit einer zentralen Schnittstelle für eine Fernwirkanbindung (Draht-Technik) auszurüsten
- für die Fernsteuerung u. Fernmeldung ist eine getrennte Klemmleiste mit Trennklemmen Fabrikat Phoenix MTK oder gleichwertig vorzusehen
- mit zusätzlichen Prüfbuchsen für Messungen bei den DC-Trennverstärker vorzusehen
- mit einem Blindschaltbild auf den jeweiligen Feldern zu versehen
- Die Sammelschiene ist blau und die Rückleitterschiene rot zu lackieren

2.1 Plusverteilungsfeld/ Gleichrichterbedienfeld (1000 mm Feldbreite)

Lieferung und Montage eines Kombinationsfelds (Plusverteilungsfelds/ Gleichrichterbedienfelds), Farbanstrich RAL 7035, bestehend aus einer verwindungsfreien Stahlkonstruktion, mit zwei einflügligen vorderseitigen Türen (ein Stück mit Klarsichtfenster), Isoliertrennwänden, einschl. erforderlicher Montageplatten, Stützer, Kabelkanäle und Leitungen (**halogenfrei**), Klemmen, Verdrahtungen etc.

Die Gerüßtschluß - Schutzeinrichtung ist im Kombinationsfelds unterzubringen. Zusätzlich muss der 20 kV UMZ-Schutzschalter, sowie der 20 kV Prüfschalter in das Feld integriert werden. Außerdem müssen 6 Stück Pluskabel 240mm² als Verbindung zum Gleichrichter angeschlossen werden.

Jedes Kabel ist auf Stromführung zu messen, zu vergleichen und anzuzeigen.

Bei den DC-Trennverstärkern sind zusätzliche Prüfbuchsen für Messungen vorzusehen.

Rückleiterverschienenung aus Cu 2x120x10 mm² mit Anschlussmöglichkeit von 8 Rückleiterkabel.

Die Rückleiterschiene ist in roter Farbe zu lackieren.

In dem Gleichrichterbedienfeld werden 6 Stück Minuskabel 240mm² als Verbindung zum Gleichrichter angeschlossen.

Kupferverschienenung aus 2x120x10 mm² für Sammelschiene (blau lackiert), sowie Rückleiterverschienenung aus Cu 2x120x10 mm² zum Rückleiterfeld (rot lackiert)

Das Kombinationsfelds darf auf Grund der bauörtlichen Gegebenheiten die max. genannten Abmessungen nicht überschreiten.

Abmessung: 2200x1000x800 (HxBxT) mm

Kombinationsfeld bestückt mit folgenden Bauteilen

1 St. Stromrelais-Auslösung €

Nennstrom	80 A
Einstellbereich	60-120 A DC
Fabrikat Elektroba MAS oder gleichwertig	

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. Potentialüberwachungsrelais Warnung/Auslösung €

Nennspannung 1.000 V DC
Nach DIN EN 50122 / Teil 1
Fabrikat ESN, Typ 8521 oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

- | | | | |
|-------|-----------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------|
| 8 St. | Nebenwiderstände: | 1.000 A/60 mV | € |
| 8 St. | DC Trennverstärker: | Eingang ± 120 mV
U _H 60 V DC
Ausgang ± 20 mA/10V
Fabrikat Müller und Ziegler oder gleichwertig | € |
| | Fabrikat: | _____ | |
| | Typ: | _____ | |
| 8 St. | Drehstrom-Strommesser: | Messber. 0-20 mA/10V
Größe 48x 96
Skala 0-2 kA | € |
| 1 St. | Diazed Sicherungselement 750 V | | |
| 2 St. | Sicherungsautomaten mit Hilfskontakten (2 Wechsler) | | € |
| | Fabrikat ABB S202 K20 oder gleichwertig | | |
| | Fabrikat: | _____ | |
| | Typ: | _____ | |
| 2 St. | Sicherungsautomaten mit Hilfskontakten (2 Wechsler) | | € |
| | Fabrikat ABB S202 K16 oder gleichwertig | | |
| | Fabrikat: | _____ | |
| | Typ: | _____ | |

- 1 St. Überspannungsableiter: €
 Fabrikat Siemens, Typ 3EB2 003-7D oder gleichwertig
 Fabrikat: _____
 Typ: _____
- 3 St. Erdungsbolzen für die gleichstromseitige Erdung €
 des Gleichrichters und der Rückleiterstromsammelschiene
- 2 St. Trennschalter für Plus- und Minustrenner €
 mit Zugösenhebel und Sperrmagnet 60 VDC
 mit Hilfskontakten (4S + 4Ö)
 Nennstrom 3.150 A,
 Nennspannung 1.500 VDC
 Fabrikat Rittert oder gleichwertig
 Fabrikat: _____
 Typ: _____
- 1 St. Nebenwiderstände: 3.000 A/60 mV €
- 1 St. DC Trennverstärker: Eingang ± 120 mV €
 UH 60 V DC Ausgang ± 20 mA/10V
 Fabrikat Müller und Ziegler oder gleichwertig
 Fabrikat: _____
 Typ: _____
- 1 St. Drehspul-Strommesser: Messbereich 0-20 mA/10V €
 Größe 72x72 Skala 0-6 kA

1 St. DC Trennverstärker: Eingang $\pm 1.000\text{ V}$ €
 U_H 60 V DC Ausgang $\pm 20\text{ mA}$
 Fabrikat Müller und Ziegler oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. Drehspul-Spannungsmesser: Messbereich 0-20 mA, €
 Größe 72x72 Skala 0-1.000 V

1 St. DC Trennverstärker: Eingang 0-2 A €
 U_H 60 V DC Ausgang $\pm 10\text{ mA}$
 Fabrikat Müller und Ziegler oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. Drehspul-Strommesser: Messbereich 1 A €
 Größe 72x72 Skala 100/200 A

1 St. Drehspul-Bimetallstrommesser: Messbereich 1 A €
 Größe 72x72 Skala 100/120 A

1 St. Steuerschalter Ort/Aus/Fern €
Fabrikat Moeller oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. Steuertaster Direkt EIN €
mit Selbstrückholung
Fabrikat Moeller oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

3 St. Steuerdrucktaster LS- Ein / Aus / Quitt €
Fabrikat Moeller oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. elektronische Stellungsmelder 20-kV Leistungsschalter €
60V DC
Fabrikat Messma oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

2 St. Diazed Sicherungselement 750 V €

2 St. Sicherungsautomaten €
mit Hilfskontakten (2 Wechsler)
Fabrikat ABB S202 K25 oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

2 St. Sicherungsautomaten €
mit Hilfskontakten (2 Wechsler)
Fabrikat ABB S202 K20 oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

2 St. Sicherungsautomaten €
mit Hilfskontakten (2 Wechsler)
Fabrikat ABB S202 K16 oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. DC/DC Wandler 60/24 VDC €
Fabrikat Phoenix, Typ QUINT-PS60/24 DC/10
oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

12 St. Hilfsschütze €
Fabrikat Moeller oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

16 St. Hilfsrelais (2 Wechsler) 24 VDC €
Fabrikat Finder, Typ 58.32.09.024.0050
oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

12 St. Hilfsrelais (4 Wechsler) 60 VDC €
Fabrikat Finder, Typ 58.34.09.60.0050
oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. LED Anzeigemodul für die Anzeige von €
16 Meldungen mit Quittierung u. Deblockierung
von anstehenden Störmeldungen.60 VDC
Fabrikat ESS oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

- 1 St. speicherprogrammierbare Steuerung €
 kompl. mit Programmerstellung mit den
 Funktionen Erfassen von Stellungen
 und Störmeldungen sowie Messwerten
- Digitale Eingangskarte für 32 Eingänge
 - Digitale Ausgangskarte für 32 Ausgänge

Fabrikat Siemens S7 300 oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

- 2 St. Diodenmodul €
 Fabrikat Moeller oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

- 1 St. UMZ-Schutzgerät: €
 Fabrikat Siemens, Typ 7SJ602 oder gleichwertig
 Fabrikat:
 Typ:
- 1 St. Prüfschalter: €
 Fabrikat Siemens, Typ 7ZV72 oder gleichwertig
 Fabrikat:
 Typ:
- 1 St. Überlastrelais: Messbereich 0,63-1 A €
 Fabrikat Siemens oder gleichwertig
 Fabrikat:
 Typ:
- 1 St. Überspannungsableiter: €
 Fabrikat Siemens, Typ 3EB2 003-7D oder gleichwertig
 Fabrikat:
 Typ:
- 4 St. Erdungsbolzen für die gleichstromseitige €
 Erdung des Gleichrichters und der
 Gleichstromsammelschiene

1 St. Lieferung von einem Kombinationsfeld bestehend €
 aus einer verwindungsfreien Stahlkonstruktion,
 mit zwei einflügligen vorderseitigen Türen (ein Stück mit
 Klarsichtfenster), Isoliertrennwänden, einschl. erforderlicher
 Montageplatten, Stützer, Kabelkanäle und Leitungen (halogenfrei),
 Klemmen, Verdrahtungen etc. mit Montage und deren elektrische
 Funktionsfähigkeit der Anlage.

Summe Pos 2.1€

2.3 Streckenabgangsfeld 1 (800mm Feldbreite)

Lieferung und Montage von einem Streckenabgangsfeld, Farbanstrich RAL 7035, bestehend aus einer verwindungsfreien Stahlkonstruktion, zwei einflügeligen vorderseitigen Türen (ein Stück mit Klarsichtfenster), Isoliertrennwänden, einschl. erforderlicher Montageplatten, Kabelkanäle, Leitungen und Klemmen (**halogenfrei**), Verdrahtungen etc.

Im Streckenabgangsfeld befindet sich der GS-Schnellschalter in ausziehbarer Technik, die sich hinter einem hydraulisch gedämpften Schwenkrahmen befinden. Auf dem Schwenkrahmen befinden sich die kompl. Steuereinrichtungen und deren Verdrahtung

Die Auslösemechanik des Gleichstrom-Schnellschalters mit Kondensatorauslösung und magnetischer Haltung, Nennstrom 2.600 A. muss in 200 A Schritten von 2-5 kA einstellbar sein. Ferner muss bei Ausfall der Steuerspannung der Schalter mechanisch abschaltbar sein.

Die Steuerung der Streckenprüfung, Meldeerfassung und automatische Wiederzuschaltung des Streckenschalters muss über eine autarke SPS-Steuerung (36 Ein- und 36 Ausgängen) erfolgen.

Der Schutz der Gleichstromanlage sowie der Oberleitung ist über ein digitales Streckenschutzgerät zu realisieren.

Für die Überwachung der Speisekabel ist ein autarkes Kabelüberwachungsrelais einzusetzen.

Der Kabelabgang ist so zu dimensionieren, dass zwei 400 mm² Kabel angeschlossen werden können. Es sind zwei Erdungsbolzen zum Erden des Streckenabgangs vorzusehen.

Ein Streckenabgangsfeld darf auf Grund der bauörtlichen Gegebenheiten die max. genannten Abmessungen nicht überschreiten.

Abmessung: 2200x800x800 (HxBxT) mm

Streckenabgangsfeld 1 bestückt mit folgenden Bauteilen:

- 2 St. Trennschalter für Plus- und Minustrenner €
mit Zugösenhebel und Sperrmagnet 60 VDC
mit Hilfskontakten (4S + 4Ö)
Nennstrom 2.000 A,
Nennspannung 1.500 VDC
Fabrikat Ritter oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

- 1 St. Potentialüberwachungsrelais €
Nennspannung 1.000 V DC
Einstellbereich 65-160 V DC
Fabrikat ESN, Typ 853700 oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

- 1 St. Spannungsmelderrelais €
Fabrikat ESN, Typ 8592 oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

- | | | |
|-------|-----------------------------------------------------------------------|---------|
| 1 St. | Kabelüberwachungsrelais
Fabrikat ESN, Typ 853320 oder gleichwertig | € |
| | Fabrikat: _____ | |
| | Typ: _____ | |
| 1 St. | Bargraphenanzeige
Fabrikat ESN oder gleichwertig | € |
| | Fabrikat: _____ | |
| | Typ: _____ | |
| 1 St. | Kabelabschlußwiderstand 1,12 MOhm
Fabrikat ESN oder gleichwertig | € |
| | Fabrikat: _____ | |
| | Typ: _____ | |
| 1 St. | Nebenwiderstand 2.000A/60 mV | € |
| 5 St. | Diazed Sicherungselement 750 V | € |

- 1 St. Streckenprüfschütz €
Fabrikat Schaltbau oder gleichwertig
- Fabrikat: _____
- Typ: _____
-
- 1 St. Streckenprüfwiderstand 27 Ohm €
in Schutzgehäuse
Fabrikat Coudoint oder gleichwertig
- Fabrikat: _____
- Typ: _____
-
- 1 St. DC Trennverstärker: Eingang ± 120 mV €
 U_H 60 V DC Ausgang ± 20 mA
Fabrikat Müller und Ziegler oder gleichwertig
- Fabrikat: _____
- Typ: _____
-
- 1 St. Drehspul-Strommesser: Messber. ± 20 mA €
Größe 72x72 Skala -2 - 0 -4 kA

1 St. DC Trennverstärker: Eingang $\pm 1000\text{ V}$ €
 $U_H 60\text{ V DC}$ Ausgang $\pm 20\text{ mA}$
 Fabrikat Müller und Ziegler oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. Drehspul-Spannungsmesser: Messbereich 0-20 mA €
 Größe 72x72 Skala 0-1000 V

1 St. Steuerschalter Ort/Aus/Fern €
 Fabrikat Moeller oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. Steuertaster Direkt EIN €
 mit Selbstrückholung oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

3 St. Steuerdrucktaster LS- Ein / Aus / Quitt €
 Fabrikat Moeller oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. elektronische Stellungsmelder GS Leistungsschalter €
60V DC
Fabrikat Messma oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. Sicherungsautomaten €
mit Hilfskontakten (2 Wechsler)
Fabrikat ABB S202 K20 oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

2 St. Sicherungsautomaten €
mit Hilfskontakten (2 Wechsler)
Fabrikat ABB S202 K20 oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. DC/DC Wandler 60/24 VDC €
Fabrikat Phoenix, Typ QUINT-PS60/24 DC/10
oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. LED Anzeigemodul für die Anzeige von €
8 Meldungen mit Quittierung u. Deblockierung
von anstehenden Störmeldungen.60 VDC
Fabrikat ESS oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

2 St. Leistungsschütze 60 VDC €
Fabrikat Moeller oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

4 St. Hilfsschütze 60 VDC €
Fabrikat Moeller oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

14 St. Hilfsrelais (2 Wechsler) 24 VDC €
Fabrikat Finder, Typ 58.32.09.024.0050
oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

2 St. Hilfsrelais (4 Wechsler) 24 VDC €
 Fabrikat Finder, Typ 58.34.09.024.0050
 oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

8 St. Hilfsrelais (4 Wechsler) 60 VDC €
 Fabrikat Finder, Typ 58.34.09.60.0050
 oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. Diodenmodul €
 Fabrikat Moeller oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. Gleichstrom-Schnellschalter UR 26 €
 mit Kondensatorauslösung und magnetischer Haltung
 Nennstrom 2.600 A
 Ferner muss bei Ausfall der Steuerspannung
 der Schalter mechanisch abschaltbar sein
 Fabrikat Secheron UR26 oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

2 St. Fingerkontakte für Sammelschiene €
Fabrikat Secheron UR26 oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. Digitales Streckenschutzgerät mit Bedieneinheit €
mit Kondensatorauslösung und
allen systembedingten Zubehör
(Trennverstärker, Spannungsteiler,
LWL und Stecker)
Fabrikat Siemens, Pro oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. Speicherprogrammierbare Steuerung €
kompl. mit Programmerstellung mit den
Funktionen Erfassen von Stellungs-
und Störmeldungen sowie Messwerten
- Digitale Eingangskarte für 32 Eingänge
- Digitale Ausgangskarte für 32 Ausgänge

Fabrikat Siemens S7 300 oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. Überspannungsableiter: €
Fabrikat Siemens, Typ 3EB2 010-7D oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

3 St. Erdungsbolzen für die gleichstromseitige €
Erdung des Streckenabgangfeldes und der
Gleichstromsammelschiene

1 St. Lieferung eines Streckenfelds bestehend €
aus einer verwindungsfreien Stahlkonstruktion,
mit zwei einflügligen vorderseitigen Türen (ein Stück mit
Klarsichtfenster), Isoliertrennwänden, einschl. erforderlicher
Montageplatten, Stützer, Kabelkanäle und Leitungen (halogenfrei),
Klemmen, Verdrahtungen etc. mit Montage und deren elektrische
Funktionsfähigkeit der Anlage.

Bei den DC-Trennverstärkern sind zusätzlich Prüfbuchsen
für Messungen vorzusehen.

Kupferverschienenung für Sammelschiene und Steckenabgang aus
2x120x10 mm²(blau lackiert),

Summe Pos 2.3 (Streckenabgangsfeld 1) €

Lieferung aller Verbindungsleitungen innerhalb der Gleichstrom- €
anlage.

60 m Verbindungskabel halogenfrei 2x6x240 mm²) €
in 10 Teillängen (Verbindung Gleichrichter und Gleichrichter-
bedienfeld).

3.0 Spezifikation Kabellieferung, Verlegung und Anschluss

Lieferung aller erforderlichen Erdleitungen zum Erden.
der Anlagenteile €

Lieferung der Isolationsmaterial für die isolierte Aufstellung
der Gleichstromanlage sowie der Oberleitungsschalteneinrichtung. €

Summe Pos 3.0 €

4.0 Planungsunterlagen, Dokumentation, Revision der Pläne

An Zeichnungsunterlagen werden verlangt:

- Aufstellungspläne
- Konstruktionspläne
- Verdrahtungstabellen
- Gerätelisten
- Stromlaufpläne
- Übersichtsplan der Anlage
- Klemmenpläne

Die Pläne sind auf dem Moeller CAD-System Proplan zu erstellen. Nach Inbetriebnahme der Anlage sind die Pläne auf den neusten Stand zu bringen.

Zur Ausführung dürfen nur Unterlagen verwendet werden, die vom Auftraggeber genehmigt sind. Diese sind dem AG rechtzeitig zur Genehmigung vorzulegen.

Zur Abnahme der Anlage hat der Auftragnehmer 2 Ordner im Format DIN A4 mit Bedien- und Wartungsvorschriften, Prüfprotokollen usw. für die wesentlichen Anlagenteile vorzulegen.

Darüber hinaus gehört eine Einweisung in die Bedienung und die Funktionsweise der gelieferten Anlage zum Leistungsumfang. Der Termin hierfür ist mit dem Auftraggeber mindestens 2 Wochen vorher zu vereinbaren.

Nach Inbetriebnahme der GS-Anlage hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber zwei Satz revidierter Pläne als Lichtpausen, sowie auf Datenträger (z.B. Diskette) zu liefern.

Der Auftragnehmer muss für die gesamte DC- Schaltanlage ein Instandhaltungsbuch erstellen, für alle Einzelkomponenten mit den Wartungsvorschriften der Gerätehersteller. Mit Angaben von Wartungsfristen um entstehende Mängel, mit denen gerechnet werden muss, festzustellen bzw. bekannte Schwachstellen rechtzeitig zu kontrollieren.

Summe Pos 4.0

..... €

5.0 Anlagenzubehör

1 St	Schaltstange für Trennschalter €
4 St	Kurzschluss- und Erdungsgarnitur 1-polig nach VDE 0105 Teil 3 für die Erdung innerhalb der Gleichrichteranlage €
2 St	Abdeck- bzw. Einschubplatte für das Abdecken spannungsführender Teile im Gleichrichter oder im Streckenfeld €
1 St	Betätigungsstange für Erdungsgarnituren, €
1 St	Halter für alle Schaltstangen, Spannungsprüfer und Erdungsgarnituren €
1 St	Satz Warn- und Hinweisschilder im erforderlichen Umfang €
1 St	Übersichtsschaltbild im Wechselrahmen €
Summe Pos 5.0	 €

6.0 Messungen/Kurzschlussversuche

Vor Aufnahme des Betriebes sind mittels Messungen folgende technische Daten der Fahrleitungsanlage zu ermitteln:

- Scheinwiderstand
- Unbeeinflusster Kurzschlussstrom
- Anstiegssteilheit des Kurzschlussstromes
- Messung Potential der Schutz- und Betriebserde

jeweils ein Kurzschluss im Gleichrichterunterwerk mit di/dt und ohne di/dt am Streckenende. Die Wirksamkeit der auf Grund der ermittelten Werte vorgenommene Schutzeinstellung, ist durch einen simulierten Kurzschluss nachzuweisen. Bei diesem Versuch ist neben dem Stromverlauf, das Potential der Schutz- und Betriebserde gegen den Bahnminus zu oszillographieren.

Für die 2 Kurzschlussversuche sind aus betrieblichen Gründen (Abschaltzeit in der Zeit von 01:00 - 03:30) für eine Nacht vorzusehen

Summe Pos 6.0

..... €

7.0 Inbetriebnahme und Einweisung

Inbetriebnahme und Überprüfung der beim Hersteller vorinstallierten Schaltanlagen. Testen der Meldungen und Befehle mit Einstellen der Steckenschutzparameter. Überprüfen der Verriegelungen und Verknüpfungen der Gleichstromanlage.

Teilnahme des bauleitenden Montageingenieurs an der Vor-Ort-Überprüfung und Inbetriebnahme der Gleichstromanlage.

..... €

Einweisung des Betriebspersonals in die Bedienungs- und Funktionsweise der abnahmebereiten GS- Schaltanlage

..... €

Sowie eine Fachschulung (Ausbildung von 4 Personen) in die entsprechende SPS- Steuerung sowie Streckenschutzsteuerung.

..... €

Für den Testbetrieb der Gleichstromschaltanlage bei laufendem Betrieb, ist ein Zeitraum von 5 Tagen vorzusehen.

..... €

Summe Pos 7.0

..... €

8.0 Stundenlohnarbeiten

Der AN hat keinen Anspruch auf die Ausführung dieser Positionen. Die Stunden sind von der Bauleitung zu genehmigen bzw. anzuordnen.

*** Eventualposition

Obermonteur für Elektroarbeiten

10 h nur LV -EP €€

*** Eventualposition

Zuschlag Obermonteur für Elektroarbeiten für Nacht-, Feiertags- oder Wochenendstunden

10 h nur LV -EP €€

*** Eventualposition

Fachmonteur für Elektroarbeiten

10 h nur LV -EP €€

*** Eventualposition

Zuschlag Fachmonteur für Elektroarbeiten für Nacht-, Feiertags- oder Wochenendstunden

10 h nur LV -EP €€

Summe Pos 8.0€

9.0 Preisblatt

G UW Vogelstang

2.1	Plusverteilunsfeld/ Gleichrichterbedienfeld€
2.2	Streckenabgangsfeld 1€
3.0	Verkabelung€
4.0	Dokumentation€
5.0	Anlagenzubehör€
6.0	Messungen/Kurzschlussversuche€
7.0	Inbetriebnahme und Einweisung€
8.0	Stundenlohnarbeiten (optional)€
	Summe netto€

zuzügl. 19 % MwSt.€

Gesamtsumme brutto€

Datum, Stempel, Unterschrift

Los 2

Leistungsbeschreibung

Gleichrichter 6-pulsig 3000A

GUW Vogelstang

Technische Spezifikation (Leistungsbeschreibung)	
1	Allgemeines 3
2	Technische Daten Gleichrichter 6-pulsig 5
3	Allgemeine Vorschriften, Dokumentation und Abnahme..... 7
4	Preisblatt 8

Technische Spezifikation (Leistungsbeschreibung)

1 Allgemeines

Für ein Gleichrichterwerke (GUW) der RNV GmbH in Mannheim ist ein 6-pulsiger Silizium-Gleichrichter für Nennspannung 1.000 V, Nennstrom 3.000A Belastungsklasse VI nach VDE 0558 Teil 11 anzubieten. Das Angebot beinhaltet die Lieferung und das Einbringen der Silizium-Gleichrichter in das vorhandene Gebäude inkl. aller dafür erforderlichen Hilfsmittel.

Die Kupferanschlussschienen der Drehstrom- sowie der Gleichstromanschlüsse müssen nach unten ausgeführt sein und sind farblich zu kennzeichnen.

Die Dreh- und Gleichstromanschlüsse müssen für den Anschluss von je 6x1x240 mm² Kabel dimensioniert sein.

Der Gleichrichter ist servicefreundlich aufzubauen. Die Dioden und Sicherungen müssen von vorne zugänglich sein. Der Austausch einer Diode muss innerhalb einer Stunde durchführbar sein, der Austausch einer Sicherung innerhalb 15 Minuten. Servicearbeiten müssen mit einfachen Werkzeugen (kein Spezialwerkzeug) durchgeführt werden können.

Bei allen Lieferungen und Leistungen sind die einschlägigen Vorschriften und Empfehlungen wie BOSTrab, VDE, UVV, DIN, VDV, EN unter anderem zu beachten, soweit diese den Bau und die Inbetriebnahme des Bauvorhabens betreffen. Insbesondere müssen die Anforderungen der Unfallverhütungsvorschrift BGV A3 und die UVV „Arbeiten im Bereich von Gleisen“ beachtet werden. Weiterhin sind die ortspolizeilichen Vorschriften und Auflagen einzuhalten.

Die Einheitspreise umfassen die Entschädigung für alle zur Bedingungsmäßigen Herstellung und Vollendung einer abnahmefähigen und gebrauchsfertigen Anlage einschließlich der notwendigen Leistungen und Nebenleistungen, insbesondere für die zur planmäßigen Durchführung der Arbeiten erforderlichen Mehraufwendungen für Arbeiterschwerungen und evtl. Mehraufwand zur Einhaltung der vorgeschriebenen Ausführungsfristen.

Für die Anlagen sind unabhängig von der folgenden Leistungsbeschreibung aller Bauteile, die zur vollen Funktionsfähigkeit benötigt werden, zu liefern und einzubauen, auch wenn diese nicht im Detail aufgeführt sind. Dies sind insbesondere für eventuell abweichende Ausführungen gleichwertiger Art einzelner Positionen des LV's, bei denen dann alle benötigten Lieferungen und Leistungen zur funktionsfähigen Herstellung mit dem angegebenen Einheitspreis abgegolten sind.

Der Gleichrichter ist nach dem neuesten Stand und den anerkannten Regeln der Technik zu erstellen und die vorgegebenen Abmessungen sind einzuhalten.

2 Technische Daten Gleichrichter 6-pulsig

2.1 1 Stück, 6-pulsiger Silizium-Gleichrichter mit Brückenschaltung in kurzschlussfester und selbstbelüfteter Ausführung

Gleichrichter mit 3000A Nennstrom, in selbstbelüfteter Drehstrom Brückenschaltung mit Silizium-Scheibendioden, ist nach VDE 0555, Belastungsklasse VI auszulegen. Es ist der Nachweis über die Einhaltung der Belastungsklasse vorzulegen.

Schaltungsart:	Drehstrombrücke 6-pulsig
Nennstrom:	3000 A
Nennspannung:	max. 1000 V
Max. Betriebsspannung:	1200V
Nennfrequenz:	50 Hz
Überlastfähigkeit:	nach EN60146-1-1 Kl. VI 150 % für 2 Std. 300 % für 1 Min.
Abmessungen:	max.1000x1000x2200mm(BxTxH)

2.2 Spezialwerkzeug/Ersatzteile:

1 Satz Spezialwerkzeug

Ein Satz Spezialwerkzeug (z.B. Steck- und Drehmomentschlüssel) die für den Austausch bzw. Reparatur von Kühlkörper, Gleichrichterdiode sowie Gleichrichterdiodesicherungen benötigt werden.

3 Stück Kühlkörper

3 Stück Gleichrichterdiode

3 Stück Gleichrichterdiodesicherungen

1 Stück Bedämpfungssicherungen

3 Allgemeine Vorschriften, Dokumentation und Abnahme

- Der Silizium-Gleichrichter muss in allen Teilen den neuesten Vorschriften (VDE 0558, Teil 11, EN-60146-1-1, DIN 41756) entsprechen.
Prüfspannung nach VDE 0115
 - Hauptstromkreis 3 kV, 50 Hz 1 Min.
 - Hilfsstromkreis 2 kV, 50 Hz 1 Min.
 - mit Überspannungsschutzeinrichtung am Gleichstromausgang
 - mit Diodensicherung, die bei Verlust der Sperrfähigkeit einer Diode, die fehlerhafte Zelle selektiv abschaltet.
- Der Silizium-Gleichrichter ist in einem Stahlschrank in Gerüstbauweise einzubauen.
- Durch den rauen Bahnbetrieb sind Avalanche Dioden zu verwenden.
- Um eine hohe Betriebssicherheit zu gewährleisten, sind vorzugsweise selektierte Dioden mit einem delta VF von höchstens 80mV einzusetzen.
- Für die eingesetzten Dioden sind Einzelprüfprotokolle nachzuweisen, in denen der Durchlassspannungsfall und die Abbruchspannung angegeben werden.
- Die Verlustleistung pro Zelle im Normal- und Überlastbetrieb, sowie die Verlustleistung des Gleichrichters im Dauerbetrieb sind nachzuweisen.
- Dem Angebot sind Zeichnungen, Maßbilder, Schaltbilder, sowie die zur Beurteilung notwendigen Unterlagen beizufügen und werden durch den AG.
- Nach Auftragsvergabe ist mit dem Silizium-Gleichrichter eine komplette Dokumentation in deutscher Sprache, 2-fach zu liefern.
- Eine unentgeltliche Werkabnahme durch den AG ist vorzusehen.

4 Preisblatt

4.1 GUW Vogelstang

1 Stück Gleichrichter 3.000 A€

Summe netto€

zuzügl. 19 % MwSt.€

Summe brutto€

Datum, Stempel, Unterschrift

Vertragsbedingungen - Lieferleistung

1 Vertragsgegenstand

- (1) Gegenstand des Vertrages für Los 1 und 2 ist die Lieferung der Technische Gebäudeausrüstung für ein Gleichrichterunterwerk mittels einer Bestellung im Streckennetz der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv) gemäß der Leistungsbeschreibung der Vergabeunterlagen.
- (2) Auftraggeber (AG) ist die MV Mannheimer Verkehr GmbH (MV)

2 Anlieferungs- oder Annahmestelle

Ort: Mannheim
Gebäude: GUW-Gebäude Wendeschleife Vogelstang

3 Anlieferungs- oder Annahmestelle

Für die Ausführung der Lieferungen/Leistungen gelten die nachstehenden Ausführungsfristen und Einzelfristen:

Lieferung der Komponenten (Lose 1 und 2): spätestens **31.03.2026**

4 Lieferleistungen

- (1) Der Bieter garantiert, dass die zu erbringende Lieferleistung die zwingend zu erfüllenden Anforderungen an die Lieferung erfüllen, insbesondere:
 - a. die zugesicherte Beschaffenheit beziehungsweise die zugesicherten Eigenschaften (gemäß § 443 BGB) und
 - b. die zugesicherten Mengengemäß Leistungsverzeichnis, Liste der Erfüllung der Anforderungen des Leistungsverzeichnisses und des Preisblattes.
- (2) Der Bieter garantiert, dass alle Teile seiner Lieferungen und Leistungen so aufeinander abgestimmt und so vollständig sind, dass gewährleistet ist, die Aufgabenstellung gemäß Leistungsverzeichnis in Verbindung mit dem Auftragsschreiben und die daraus resultierenden Anforderungen zu erfüllen. Auch wenn einzelne Lieferungen und / oder Leistungen nicht ausdrücklich genannt sind, sind sie vom Bieter im Rahmen seiner Pflichten ohne gesonderte Berechnung zu erbringen, wenn diese Lieferungen und / oder Leistungen nach sachkundiger Auffassung zur Vollständigkeit der Lieferungen und / oder Leistungen oder deren einwandfreier Funktion erforderlich sind.
- (3) Der AN ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des AG nicht berechtigt, die von ihm geschuldete Leistung durch Dritte (z. B. Subunternehmer) erbringen zu lassen. Der AN trägt das Beschaffungsrisiko für seine Leistungen, wenn nicht im Einzelfall etwas anderes vereinbart ist (z. B. Beschränkung auf Vorrat).

[TGA GUW Vogelstang]
[225-25-EK7]

- (4) Auch im Fall eines genehmigten Unterauftragnehmereinsatzes bleibt der AN uneingeschränkt zur vertragsgerechten Leistungserbringung gegenüber dem AG verpflichtet. Der AN hat zudem sicherzustellen, dass der Unterauftragnehmer ebenso wie er selbst alle nach dem Vertrag mit dem AG vereinbarten Verpflichtungen und einschlägigen Bestimmungen uneingeschränkt einhält.
- (5) Der AN stellt sicher, dass alle Teile seiner Lieferungen und Leistungen aus diesem Vertrag alle relevanten Gesetze, Verordnungen, Normen und Vorschriften sowie die anerkannten Regeln der Technik für alle in der Leistungsbeschreibung (und Anlagen) beschriebenen Funktionen und Komponenten einhalten.
- (6) Soweit für die Einhaltung relevanter Gesetze, Verordnungen, Normen und Vorschriften ein Nachweis zu erbringen ist, obliegt dies dem AN.

5 Liefervorschriften

- (1) Die Lieferung erfolgt, für alle Standorte, auf Basis der Incoterm® 2010 DDP (Delivery Duty Paid/ Geliefert verzollt) an den in der Bestellung benannten Lieferort des AG.
- (2) Der Transport und die Lieferung von beigestellten Materialien erfolgt, für alle Standorte, auf Basis der Incoterm® 2010 DDP (Delivery Duty Paid/ Geliefert verzollt) an den in der Bestellung benannten Lieferort des AG.
- (3) Sollte es erforderlich werden, Anträge zu einer Zollabfertigung zu stellen, so ist der AN verpflichtet, im Namen des AG die zur Zollabfertigung erforderlichen Anträge zu stellen.
- (4) Erhält der AN eine Bestellung, so ist der Anlieferungstermin und die Reihenfolge der Sendungen mit der Bauleitung abzustimmen.
- (5) Lieferteile sind so zu verpacken, dass sie in einwandfreiem Zustand auf der Baustelle eintreffen und dort vorübergehend im Freien gelagert werden können.
- (6) Montagegeräte sind getrennt und besonders gekennzeichnet anzuliefern.
- (7) Die Anlagenteile sind anschlussfertig zusammengebaut verdrahtet und geprüft in den vorgegebenen Transporteinheiten auf Paletten zum Aufstellungsort zu transportieren und einzubringen.

6 Sonstige Pflichten des AN

- (1) Soweit es im Einzelfall Schnittstellen zwischen den Leistungen der AN der Lose 1 – 10 gibt, sind alle AN zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit verpflichtet. Zwischen Ihnen muss eine sorgfältige Abstimmung der Schnittstellen und Funktionsabläufe durchgeführt werden, um Nachteile zu Lasten des AG zu vermeiden. Gleiches gilt für ggf. parallel laufende Baumaßnahmen und den daran beteiligten Firmen.
- (2) Der AN hat die zur Erfüllung der von ihm übernommenen Leistungen notwendigen technischen, finanziellen und personellen Voraussetzungen zu schaffen und während der Laufzeit dieses Vertrages vorzuhalten.
- (3) Der AN wird alle nicht offenkundigen Informationen, insbesondere Zeichnungen, Schablonen, Modelle, Werkzeuge, Unterlagen, Software sowie sonstige Datenträger, die der AG

[TGA GUW Vogelstang]
[225-25-EK7]

dem AN zur Verfügung gestellt hat, vertraulich behandeln und nicht an Dritte weitergeben oder vervielfältigen. Der AN wird von ihm oder seinen Nachunternehmern eingesetzte Personen entsprechend zur Geheimhaltung verpflichtet. Die Vertraulichkeitsverpflichtung erfasst nicht solche Informationen, deren Mitteilung Folge einer zwingenden Rechtspflicht ist, wobei in diesem Fall der AG vor der Offenbarung darüber in Kenntnis zu setzen ist.

- (4) Der AN darf nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG mit seiner Geschäftsverbindung werben.

7 Beauftragungen

- (1) Die Beauftragung erfolgt auf Grundlage des vom AN abgegebenen Angebotes mittels schriftlicher Zuschlagserteilung. Nachgelagert erfolgt eine schriftlicher Bestellung, unter Angabe der Bestellnummer und des Bestelldatums.
- (2) Der AN ist angehalten, die Bestellung des AG innerhalb einer Frist von sechs Werktagen schriftlich zu bestätigen oder insbesondere durch Versendung der Ware, unter Berücksichtigung der Ziffer 5.4, vorbehaltlos auszuführen (Annahme).
- (3) Auf offensichtliche Irrtümer (z. B. Schreib- und Rechenfehler) und Unvollständigkeiten der Bestellung einschließlich der Bestellunterlagen hat der AN den AG zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme hinzuweisen; ansonsten gilt der Vertrag als nicht geschlossen.
- (4) Der AN ist verpflichtet, dem AG unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn er vereinbarte Lieferzeiten – aus welchen Gründen auch immer – voraussichtlich nicht einhalten kann.
- (5) Der AG behält sich vor, einzelne Leistungen bzw. Leistungsverzeichnispositionen ganz oder teilweise nicht ausführen zu lassen. Eine Erhöhung oder Verminderung der im Leistungsverzeichnis angegebenen Mengen wird nach den angebotenen Einheitspreisen abgerechnet. Eine Vergütung/ Entschädigung des AN für dadurch entgangenen Gewinn erfolgt nicht.

8 Preise

- (1) Die vereinbarten Preise sind Festpreise.
- (2) Alle Preise verstehen sich als Nettopreise, zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer, auch wenn diese nicht gesondert ausgewiesen ist. Die Umsatzsteuer ist in der jeweils am Tage der Lieferung geltenden gesetzlichen Höhe zu berechnen.
- (3) Sofern im Einzelfall nicht etwas anderes vereinbart ist, schließt der Preis alle Leistungen und Nebenleistungen des AN sowie alle Nebenkosten ein.
- (4) Falls Preisnachlässe vereinbart wurden, gelten diese Preisnachlässe auch für sämtliche Nachtragsleistungen.

9 Rechnungsstellung

- (1) Der vereinbarte Preis ist innerhalb von 30 Kalendertagen ab vollständiger vertragsgemäßer Lieferung und Leistung (einschließlich einer ggf. vereinbarten Abnahme) sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig. Bei Banküberweisung ist die Zahlung rechtzeitig erfolgt, wenn der Überweisungsauftrag des AG vor Ablauf der Zahlungsfrist bei der Bank des AG eingeht; für Verzögerungen durch die am Zahlungsvorgang beteiligten Banken sind wir nicht verantwortlich.
- (2) Alle vom AN in Rechnung gestellten Positionen sind durch unterzeichnete Aufmäße bei Abschlags- und Schlussrechnungen zu belegen. Die Zahlung der jeweiligen Rechnung erfolgt ausschließlich auf Basis der Rechnung mittels durch den AG und AN unterzeichneten Aufmaß.
- (3) Vorauszahlungen werden nicht geleistet.
- (4) Rechnungen sind durch den AN unter gesondertem Ausweis der Umsatzsteuer und der Angabe der Bestellnummer per E-Mail als PDF-Datei an folgende E-Mail-Adresse:

RG_rnv@rnv-online.de

Es bestehen folgende Anforderungen an die versendeten Rechnungen:

Dateiformat

- Es werden nur Dokumente mit der Dateiendung .pdf akzeptiert und verarbeitet.
- Bitte verwenden Sie keinen Passwortschutz
- Keine Sonderzeichen (: *?/ "><) im Dateinamen

Dateiinhalt

- Nur eine Rechnung je PDF-Datei
- Mehrseitige Dokumente und Anlagen bitte immer in einem PDF-Dokument zusammenfassen
- Keine separaten Anlagen möglich

Emailversand

- Jede Gesellschaft besitzt Ihre eigene E-Mail-Adresse. Abweichende Belegeingänge werden nicht bearbeitet.
- Bitte senden sie ausschließlich Rechnungen und Gutschriften/Rechnungskorrekturen an die jeweilige E-Mail-Adresse.
- Abweichende Dokumente oder Anfragen können nicht berücksichtigt werden.

Eine Übersicht über die Anforderungen an die Rechnungsqualität mit einer Beispielrechnung ist in der Anlage enthalten.

Mahnungen und sonstige Rückfragen richten Sie bitte ausschließlich an:

[TGA GUW Vogelstang]
[225-25-EK7]

Kreditorenbuchhaltung@rnv-online.de

- (5) Sollte der AN die Bestellnummer nicht auf der Rechnung vermerken bzw. vermerkt haben, ist eine Bearbeitung durch die rnv nicht möglich und auch nicht geschuldet. In diesem Fall wird die rnv die Rechnung zu ihrer Entlastung an den AN zurücksenden.

10 Eingangsprüfung/Rügefrist, Gefahr-, Eigentumsübergang

- (1) Für jede Lieferung des AN hat die Übergabe an der Empfangsstelle des AG gegen Empfangsbestätigung zu der auf der Bestellung angegebenen Zeit bzw. unter Berücksichtigung der Ziffer 5.4 zu erfolgen. Jeder Lieferung sind Begleitpapiere (Frachtbrief, Lieferschein) beizufügen, auf welcher die Bestellnummer, der AG sowie AN und ggf. Absender anzugeben sind.
- (1) Der AG prüft die Lieferung innerhalb einer angemessenen Frist auf Qualität und Quantitätsabweichungen. Die Rüge gilt als rechtzeitig erfolgt, wenn sie innerhalb von zwei Wochen ab Lieferung abgegeben wird. Die Frist beginnt bei offensichtlichen Qualitäts- und Quantitätsabweichungen mit der Übergabe der Lieferung an die Empfangsstelle und bei verdeckten Qualitäts- und Quantitätsabweichungen mit deren Entdeckung.
- (2) Falls die Lose an unterschiedliche AN vergeben werden, geht die Gefahr mit dem Zeitpunkt der Übergabe gegen Empfangsbestätigung auf den AG über.
- (3) Falls die Lose an denselben AN vergeben werden, geht die Gefahr mit dem Zeitpunkt der Abnahme der vollständig erbrachten Leistung auf den AG über.
- (4) Das Eigentum geht mit vollständiger Bezahlung der Rechnungssumme von dem AN auf den AG über.
- (5) Werden die Vertragsleistung oder Teile der Vertragsleistung nach der Übergabe gegen Empfangsbestätigung berechtigterweise als nicht vertragsgemäß zurückgewiesen, so ist der AN verpflichtet, die Vertragsleistung/Teilleistung auf seine Kosten unverzüglich zurückzuholen. Der AG ist berechtigt, nach Verstreichen einer angemessenen Abholungsfrist die Vertragsleistung/Teilleistung auf Kosten des AN an diesen zurückzusenden.
- (6) Die Vertragsleistung oder Teile der Vertragsleistung, die erneut an der Empfangsstelle gegen Empfangsbestätigung übergeben bzw. abgenommen werden sollen, bzw. die als Ersatz zu liefernden Gegenständen hat der AN erneut auf seine Kosten und Gefahr an die Empfangsstelle des AG zu liefern.

11 Gewährleistung

- (1) Für die Gewährleistungsansprüche des AG gilt die vertraglich vereinbarte Frist von 24 Monaten nach Lieferung, wenn die Lose an unterschiedliche AN vergeben werden.
- (2) Für die Gewährleistungsansprüche des AG gilt die vertraglich vereinbarte Frist von 24 Monaten nach vollständiger Abnahme der Leistung, wenn die Lose an denselben AN vergeben werden.

[TGA GUW Vogelstang]
[225-25-EK7]

12 Haftung

- (1) Der AN verpflichtet sich, die Leistungen gemäß den Vorgaben der Leistungsbeschreibung durchzuführen. Er trägt die sich aus der Leistungserbringung ergebende Gefahr.

13 Kündigung

Kündigung und Kündigungsfolgen regeln sich nach den gesetzlichen Vorschriften, insbesondere nach §§ 648, 648a BGB. Ein wichtiger Kündigungsgrund liegt für den AG auch vor, wenn der AN – gegebenenfalls trotz Abmahnung – schuldhaft gegen seine Verpflichtung zur Einhaltung des Mindestlohns verstößt oder die Vorschriften zur Bekämpfung der Korruption und Schwarzarbeit bzw. seine sozialversicherungsrechtlichen, steuerrechtlichen oder arbeitsrechtlichen Verpflichtungen schuldhaft verletzt bzw. ungenehmigt Unterauftragnehmer einsetzt vornimmt.

14 Erfüllungsort, Gerichtsstand, anwendbares Recht, Zustellungsbevollmächtigter, Vertrags- und Arbeitssprache

- (1) Der ausschließliche örtliche Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten ist der Sitz des AG in 68165 Mannheim / Deutschland.
- (2) Der Vertrag gilt mit Angebotsabgabe als unterzeichnet und bedarf keiner zusätzlichen Unterschrift.

Allgemeine Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe

§ 1 Geltungsbereich

(1) Die vorliegenden Allgemeinen Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen (AEB Liefer- und Werkleistungen) gelten für alle Geschäftsbeziehungen mit unseren Geschäftspartnern und Lieferanten („Auftragnehmer“). Die AEB Liefer- und Werkleistungen gelten nur, wenn der Auftragnehmer Unternehmer (§ 14 BGB), eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.

(2) Die AEB Liefer- und Werkleistungen gelten insbesondere für Verträge über den Einkauf und/oder die Lieferung beweglicher Sachen („Ware“) an die rnv-Gruppe, ohne Rücksicht darauf, ob der Auftragnehmer die Ware selbst herstellt oder bei Zulieferern einkauft (§§ 433, 650 BGB). Sofern nichts anderes vereinbart, gelten die AEB Liefer- und Werkleistungen in der zum Zeitpunkt unserer Bestellung gültigen bzw. jedenfalls in der zuletzt in Textform mitgeteilten Fassung als Rahmenvereinbarung auch für gleichartige künftige Verträge, ohne dass wir in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müssten.

(3) Diese AEB Liefer- und Werkleistungen gelten ausschließlich. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers werden nur dann und insoweit Vertragsbestandteil, als wir ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zugestimmt haben. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Fall, beispielsweise auch dann, wenn der Auftragnehmer im Rahmen der Auftragsbestätigung auf seine AGB verweist und wir dem nicht ausdrücklich widersprechen.

(4) Individuelle Vereinbarungen (z. B. Rahmenlieferverträge, Qualitätssicherungsvereinbarungen) und Angaben in unserer Bestellung haben Vorrang vor den AEB Liefer- und Werkleistungen. Handelsklauseln sind im Zweifel gemäß den von der Internationalen Handelskammer in Paris (ICC) herausgegebenen Incoterms® in der bei Vertragsschluss gültigen Fassung auszulegen.

(5) Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen des Auftragnehmers in Bezug auf den Vertrag (z. B. Fristsetzung, Mahnung, Rücktritt) sind schriftlich abzugeben. Schriftlichkeit im Sinne dieser AEB Liefer- und Werkleistungen schließt Schrift- und Textform (z. B. Brief, E-Mail, Telefax) ein. Gesetzliche Formvorschriften und weitere Nachweise, insbesondere bei Zweifeln über die Legitimation des Erklärenden, bleiben unberührt.

(6) Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in diesen AEB Liefer- und Werkleistungen nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.

§ 2 Vertragsschluss

(1) Unsere Bestellung gilt frühestens mit schriftlicher Abgabe oder Bestätigung als verbindlich. Auf offensichtliche Irrtümer (z. B. Schreib- und Rechenfehler) und Unvollständigkeiten der Bestellung einschließlich der Bestellunterlagen hat uns der Auftragnehmer zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme hinzuweisen; ansonsten gilt der Vertrag als nicht geschlossen.

(2) Der Auftragnehmer ist gehalten, unsere Bestellung innerhalb einer Frist von 1 Woche schriftlich zu bestätigen oder insbesondere durch Versendung der Ware vorbehaltlos auszuführen (Annahme).

§ 3 Lieferzeit und Verzug

(1) Die von uns in der Bestellung angegebene Lieferzeit ist bindend. Wenn die Lieferzeit in der Bestellung nicht angegeben und auch nicht anderweitig vereinbart wurde, beträgt sie 2 Wochen ab Vertragschluss. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, uns unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn er vereinbarte Lieferzeiten – aus welchen Gründen auch immer – voraussichtlich nicht einhalten kann.

(2) Erbringt der Auftragnehmer seine Leistung nicht oder nicht innerhalb der vereinbarten Lieferzeit oder kommt er in Verzug, so bestimmen sich unsere Rechte – insbesondere auf Rücktritt und Schadensersatz – nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Regelungen in Abs. 3 bleiben unberührt.

(3) Ist der Auftragnehmer in Verzug, können wir – neben weitergehenden gesetzlichen Ansprüchen – pauschalierten Ersatz unseres Verzugsschadens in Höhe von 1 % des Nettopreises pro vollendeter Kalenderwoche verlangen, insgesamt jedoch nicht mehr als 5 % des jeweiligen Auftragswerts. Uns bleibt der Nachweis vorbehalten, dass ein höherer Schaden entstanden ist. Dem Auftragnehmer bleibt

der Nachweis vorbehalten, dass überhaupt kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist.

§ 4 Leistung, Lieferung, Gefahrübergang, Annahmeverzug

(1) Der Auftragnehmer ist ohne unsere vorherige schriftliche Zustimmung nicht berechtigt, die von ihm geschuldete Leistung durch Dritte (z. B. Subunternehmer) erbringen zu lassen. Der Auftragnehmer trägt das Beschaffungsrisiko für seine Leistungen, wenn nicht im Einzelfall etwas anderes vereinbart ist (z. B. Beschränkung auf Vorrat).

(2) Die Lieferung erfolgt innerhalb Deutschlands „frei Haus“ an den in der Bestellung angegebenen Ort. Ist der Bestimmungsort nicht angegeben und nichts anderes vereinbart, so hat die Lieferung an unseren Geschäftssitz in Mannheim, Möhlstraße 27, zu erfolgen. Der jeweilige Bestimmungsort ist auch der Erfüllungsort für die Lieferung und eine etwaige Nacherfüllung (Bringschuld).

(3) Der Lieferung ist ein Lieferschein unter Angabe von Datum (Ausstellung und Versand), Inhalt der Lieferung (Artikelnummer und Anzahl) sowie unserer Bestellkennung (Datum und Nummer) beizulegen. Fehlt der Lieferschein oder ist er unvollständig, so haben wir hieraus resultierende Verzögerungen der Bearbeitung und Bezahlung nicht zu vertreten. Getrennt vom Lieferschein ist uns eine entsprechende Versandanzeige mit dem gleichen Inhalt zuzusenden.

(4) Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Sache geht mit Übergabe am Erfüllungsort auf uns über. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, ist diese für den Gefahrübergang maßgebend. Auch im Übrigen gelten bei einer Abnahme die gesetzlichen Vorschriften des Werkvertragsrechts entsprechend. Der Übergabe bzw. Abnahme steht es gleich, wenn wir uns im Annahmeverzug befinden.

(5) Für den Eintritt unseres Annahmeverzuges gelten die gesetzlichen Vorschriften. Der Auftragnehmer muss uns seine Leistung aber auch dann ausdrücklich anbieten, wenn für eine Handlung oder Mitwirkung unsererseits (z. B. Beistellung von Material) eine bestimmte oder bestimmbare Kalenderzeit vereinbart ist. Geraten wir in Annahmeverzug, so kann der Auftragnehmer nach den gesetzlichen Vorschriften Ersatz seiner Mehraufwendungen verlangen (§ 304 BGB). Betrifft der Vertrag eine vom Auftragnehmer herzustellende, unvertretbare Sache (Einzelfertigung), so stehen dem Auftragnehmer weitergehende Rechte nur zu, wenn wir uns zur Mitwirkung verpflichtet und das Unterbleiben der Mitwirkung zu vertreten haben.

§ 5 Höhere Gewalt

Höhere Gewalt, Arbeitskämpfe, unverschuldete Betriebsstörungen, Unruhen, Pandemien, behördliche Maßnahmen und sonstige für uns unabwendbare, nicht von uns schuldhaft herbeigeführte vergleichbare Ereignisse berechtigen uns – unbeschadet unserer sonstigen Rechte –, die Annahme/Abnahme um die Dauer der Behinderung zu verschieben, ohne dass dem Auftragnehmer hierdurch Ansprüche entstehen oder, soweit sie nicht von unerheblicher Dauer sind und eine erhebliche Verringerung unseres Bedarfes zur Folge haben, ganz oder teilweise vom Vertrag zurückzutreten.

§ 6 Vertragsbeendigung aus wichtigem Grund, Vermögensverfall

(1) Wenn beim Auftragnehmer besondere Umstände eintreten, die die Lieferung oder die Fertigstellung der geschuldeten Leistung oder die Erfüllung einer sonstigen Verbindlichkeit gegenüber uns gefährden, hat der Auftragnehmer uns hierüber unverzüglich zu unterrichten. Besondere Umstände in diesem Sinne liegen insbesondere vor, wenn eine wesentliche Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Auftragnehmers oder der Werthaltigkeit einer von ihm gestellten Sicherheit eintritt oder einzutreten droht.

(2) Unbeschadet unserer gesetzlichen Rechte sind wir berechtigt, das Vertragsverhältnis ohne Einhaltung von Fristen zu beenden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, der uns die Fortsetzung auch unter Berücksichtigung der berechtigten Belange des Auftragnehmers unzumutbar werden lässt. Die Beendigung erfolgt im Falle von Dauerschuldverhältnissen durch Kündigung, andernfalls durch Rücktritt vom Vertrag. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn besondere Umstände im Sinne von Abs. 1 vorliegen, unabhängig davon, ob der Auftragnehmer seiner Informationspflicht genügt hat oder nicht.

§ 7 Weitere Pflichten des Auftragnehmers

(1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis die jeweils für ihn maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten. Insbesondere sind alle einschlägigen Rechtsvorschriften und Regelwerke bezüglich Unfallverhütung, Arbeitnehmer- und Umweltschutz einzuhalten. Unbeschadet sonstiger Verpflichtungen muss er die zehn Global-Compact-Prinzipien des United

Nations Global Compact in Bezug auf Menschenrechte, Arbeitsnormen, Umwelt und Korruptionsprävention erfüllen, die unter folgender Website zugänglich sind und die wir auf Anforderung kostenfrei übersenden:

<https://www.globalcompact.de/de/ueber-uns/Dokumente-Ueber-uns/DIE-ZEHN-PRINZIPIEN-1.pdf>

(2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine eigenen Arbeitnehmer entsprechend der jeweils gültigen Regelung des Mindestlohngesetzes („MiLoG“) zu beschäftigen, ihnen insbesondere das im MiLoG vorgesehene Mindestentgelt zu bezahlen. Sollte sich der Auftragnehmer zur Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen eines Unterauftragnehmers bedienen, so verpflichtet er sich, diesen ebenfalls zur Einhaltung des MiLoG zu verpflichten und hierüber Nachweis zu führen.

(3) Weiterhin stellt der Auftragnehmer uns von Ansprüchen Dritter frei, die sich aus einem Verstoß gegen die Bestimmungen des MiLoG durch den Auftragnehmer oder beauftragte Subunternehmer ergeben.

(4) Die Einhaltung des MiLoG ist wesentliche Vertragspflicht. Der Auftragnehmer wird jederzeit auf Nachfrage uns gegenüber unverzüglich den Nachweis führen (z.B. durch Arbeitszeitrachweise und Lohnabrechnungen), dass er und seine Unterauftragnehmer die jeweils gültigen Regelungen des MiLoG einhalten und eingehalten haben.

(5) Für den Fall, dass der Auftragnehmer den vorstehenden Verpflichtungen nicht oder nicht vollständig nachkommt oder im Falle falscher Angaben zur Einhaltung des MiLoG, sind wir berechtigt, das Vertragsverhältnis zum Auftragnehmer ohne Einhaltung einer Frist gemäß § 6 Abs. 2 zu beenden. Dieses Recht besteht auch dann, wenn ein vom Auftragnehmer beauftragter Unterauftragnehmer, dessen Mitarbeiter zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen des Auftragnehmers uns gegenüber eingesetzt werden, die Regelungen des MiLoG nicht einhält.

(6) Die Behauptung eines Verstoßes gegen die Regelungen des MiLoG oder der vorstehenden Regelungen ist ausreichend für das unter Abs. 5 genannte Kündigungsrecht, wenn der Auftragnehmer nicht binnen einer Frist von zehn Tagen nach Kenntnis von der Behauptung diese widerlegen kann. Einer vorherigen Abmahnung bedarf es nicht.

(7) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG). Er garantiert die Einhaltung der entsprechenden Menschenrechte und Umweltbelange innerhalb der eigenen Geschäftstätigkeit sowie seiner globalen Lieferketten. Er trägt dafür Sorge, Menschenrechts- und Umweltverletzungen vorzubeugen sowie unmittelbare Zulieferer zur Einhaltung dieser Anforderungen zu verpflichten. Der Auftraggeber behält sich vor, die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltbelange beim unmittelbaren Auftragnehmer, je nach bestehendem Risiko auch mehrfach, zu kontrollieren. Der Auftraggeber erhält hiernach auch ein Weisungsrecht gegenüber dem unmittelbaren Auftragnehmer, zusätzliche oder weitere Präventions- und/oder Abhilfemaßnahmen einzuführen bzw. umzusetzen, um die Einhaltung von Menschenrechten sowie Umweltbelangen zu kontrollieren

§ 8 Preise und Zahlungsbedingungen

(1) Der in der Bestellung angegebene Preis ist bindend. Alle Preise verstehen sich einschließlich gesetzlicher Umsatzsteuer, wenn diese nicht gesondert ausgewiesen ist.

(2) Sofern im Einzelfall nicht etwas anderes vereinbart ist, schließt der Preis alle Leistungen und Nebenleistungen des Auftragnehmers (z. B. Montage, Einbau) sowie alle Nebenkosten (z. B. ordnungsgemäße Verpackung, Transportkosten einschließlich eventueller Transport- und Haftpflichtversicherung, Zoll) ein.

(3) Der vereinbarte Preis ist innerhalb von 30 Kalendertagen ab vollständiger vertragsgemäßer Lieferung und Leistung (einschließlich einer ggf. vereinbarten Abnahme) sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig. Wenn wir Zahlung innerhalb von 14 Kalendertagen leisten, gewährt uns der Auftragnehmer 3 % Skonto auf den Nettobetrag der Rechnung. Bei Banküberweisung ist die Zahlung rechtzeitig erfolgt, wenn unser Überweisungsauftrag vor Ablauf der Zahlungsfrist bei unserer Bank eingeht; für Verzögerungen durch die am Zahlungsvorgang beteiligten Banken sind wir nicht verantwortlich.

(4) Wir schulden keine Fälligkeitszinsen. Bei Zahlungsverzug schulden wir Verzugszinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz gemäß § 247 BGB.

§ 9 Aufrechnung, Zurückbehaltung, Konzernverrechnung

(1) Der Auftragnehmer kann nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen aufrechnen oder wegen rechtskräftig festgestellter oder nicht bestrittener Gegenforderungen aus demselben Vertragsverhältnis ein Zurückbehaltungsrecht geltend machen.

(2) Wir sind berechtigt, mit allen eigenen Forderungen sowie mit Forderungen von anderen Gesellschaften der rnv-Gruppe gegen Forderungen des Auftragnehmers aufzurechnen, die diesem gegen uns oder eine andere Gesellschaft der rnv-Gruppe zustehen. Eine Auflistung der Gesellschaften der rnv-Gruppe erhält der Auftragnehmer jederzeit auf Anfrage.

(3) Zurückbehaltungsrechte sowie die Einrede des nicht erfüllten Vertrages stehen uns in gesetzlichem Umfang zu. Wir sind insbesondere berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange uns noch Ansprüche aus unvollständigen oder mangelhaften Leistungen gegen den Auftragnehmer zustehen.

(4) Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, seine Forderungen aus dem Vertragsverhältnis an Dritte abzutreten. Dies gilt nicht, soweit es sich um Geldforderungen handelt.

§ 10 Geheimhaltung und Eigentumsvorbehalt

(1) Der Auftragnehmer darf im werblichen Auftritt auf geschäftliche Verbindungen mit uns erst nach unserer schriftlichen Zustimmung hinweisen. Die Zustimmung darf nicht aus unbilligen Gründen verweigert werden.

(2) An Abbildungen, Plänen, Zeichnungen, Berechnungen, Ausführungsanweisungen, Produktbeschreibungen und sonstigen Unterlagen behalten wir uns Eigentums- und Urheberrechte vor. Derartige Unterlagen sind ausschließlich für die vertragliche Leistung zu verwenden und nach Erledigung des Vertrags an uns zurückzugeben. Gegenüber Dritten sind die Unterlagen geheim zu halten, und zwar auch nach Beendigung des Vertrags. Die Geheimhaltungsverpflichtung erlischt erst, wenn und soweit das in den überlassenen Unterlagen enthaltene Wissen allgemein bekannt geworden ist. Besondere Geheimhaltungsvereinbarungen und gesetzliche Regelungen zum Geheimnisschutz bleiben hiervon unberührt.

(3) Vorstehende Bestimmung gilt entsprechend für Stoffe und Materialien (z. B. Software, Fertig- und Halbfertigprodukte) sowie für Werkzeuge, Vorlagen, Muster und sonstige Gegenstände, die wir dem Auftragnehmer zur Herstellung beistellen. Derartige Gegenstände sind – solange sie nicht verarbeitet werden – auf Kosten des Auftragnehmers gesondert zu verwahren und in angemessenem Umfang gegen Zerstörung und Verlust zu versichern.

(4) Eine Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung (Weiterverarbeitung) von beigestellten Gegenständen durch den Auftragnehmer wird für uns vorgenommen. Das Gleiche gilt bei Weiterverarbeitung der gelieferten Ware durch uns, so dass wir als Hersteller gelten und spätestens mit der Weiterverarbeitung nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften Eigentum am Produkt erwerben.

(5) Die Übereignung der Ware auf uns hat unbedingt und ohne Rücksicht auf die Zahlung des Preises zu erfolgen. Nehmen wir jedoch im Einzelfall ein durch die Kaufpreiszahlung bedingtes Angebot des Auftragnehmers auf Übereignung an, erlischt der Eigentumsvorbehalt des Auftragnehmers spätestens mit Kaufpreiszahlung für die gelieferte Ware. Wir bleiben im ordnungsgemäßen Geschäftsgang auch vor Kaufpreiszahlung zur Weiterveräußerung der Ware unter Vorausabtretung der hieraus entstehenden Forderung ermächtigt (hilfsweise Geltung des einfachen und auf den Weiterverkauf verlängerten Eigentumsvorbehalts). Ausgeschlossen sind damit jedenfalls alle sonstigen Formen des Eigentumsvorbehalts, insbesondere der erweiterte, der weitergeleitete und der auf die Weiterverarbeitung verlängerte Eigentumsvorbehalt.

§ 11 Gewährleistungsansprüche

(1) Für unsere Rechte bei Sach- und Rechtsmängeln der Ware (einschließlich Falsch- und Minderlieferung sowie unsachgemäßer Montage/Installation oder mangelhafter Anleitungen) und bei sonstigen Pflichtverletzungen durch den Auftragnehmer gelten die gesetzlichen Vorschriften und, ausschließlich zu unseren Gunsten, die nachfolgenden Ergänzungen und Klarstellungen.

(2) Nach den gesetzlichen Vorschriften haftet der Auftragnehmer insbesondere dafür, dass die Ware bei Gefahrübergang auf uns die vereinbarte Beschaffenheit hat. Als Vereinbarung über die Beschaffenheit gelten jedenfalls diejenigen Produktbeschreibungen, die – insbesondere durch Bezeichnung oder Bezugnahme in unserer Bestellung – Gegenstand des jeweiligen Vertrages sind oder in gleicher Weise wie diese AEB Liefer- und Werkleistungen in den Vertrag einbezogen wurden. Es macht dabei keinen Unterschied, ob die Produktbeschreibung von uns, vom Auftragnehmer oder vom Hersteller stammt.

(3) Bei Waren mit digitalen Elementen oder sonstigen digitalen Inhalten schuldet der Verkäufer die Bereitstellung und Aktualisierung der digitalen Inhalte jedenfalls insoweit, als sich dies aus einer Beschaffungsvereinbarung gemäß Abs. 2 oder sonstigen Produktbeschreibungen des Herstellers oder in seinem Auftrag, insbesondere im Internet, in der Werbung oder auf dem Warenetikett, ergibt. Ergänzend gilt § 475b BGB.

(4) Zu einer Untersuchung der Ware oder besonderen Erkundigungen über etwaige Mängel sind wir bei Vertragsschluss nicht verpflichtet. Teilweise abweichend von § 442 Abs. 1 S. 2 BGB stehen uns Mängelansprüche daher uneingeschränkt auch dann zu, wenn uns der Mangel bei Vertragsschluss infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist. .

(5) Für die kaufmännische Untersuchungs- und Rügepflicht gelten die gesetzlichen Vorschriften (§§ 377, 381 HGB) mit folgender Maßgabe: Unsere Untersuchungspflicht beschränkt sich auf Mängel, die bei unserer Wareneingangskontrolle unter äußerlicher Begutachtung einschließlich der Lieferpapiere offen zu Tage treten (z. B. Transportbeschädigungen, Falsch- und Minderlieferung) oder bei unserer Qualitätskontrolle im Stichprobenverfahren erkennbar sind. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, besteht keine Untersuchungspflicht. Im Übrigen kommt es darauf an, inwieweit eine Untersuchung unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls nach ordnungsgemäßigem Geschäftsgang tunlich ist. Unsere Rügepflicht für später entdeckte Mängel bleibt unberührt. Unbeschadet unserer Untersuchungspflicht gilt unsere Rüge (Mängelanzeige) jedenfalls dann als unverzüglich und rechtzeitig, wenn sie innerhalb von 5 Arbeitstagen ab Entdeckung bzw., bei offensichtlichen Mängeln, ab Lieferung abgesendet wird.

(6) Mit dem Zugang unserer schriftlichen Mängelanzeige beim Auftragnehmer ist die Verjährung von Gewährleistungsansprüchen gehemmt, bis der Auftragnehmer unsere Ansprüche ablehnt oder den Mangel für beseitigt erklärt oder sonst die Fortsetzung von Verhandlungen über unsere Ansprüche verweigert. Bei Ersatzlieferung und Mängelbeseitigung beginnt die Gewährleistungsfrist für ersetzte und nachgebesserte Teile erneut, es sei denn, wir mussten nach dem Verhalten des Auftragnehmers davon ausgehen, dass dieser sich nicht zu der Maßnahme verpflichtet sah, sondern die Ersatzlieferung oder Mängelbeseitigung nur aus Kulanzgründen oder ähnlichen Gründen vornahm.

(7) Zur Nacherfüllung gehört auch der Ausbau der mangelhaften Ware und der erneute Einbau, sofern die Ware ihrer Art und ihrem Verwendungszweck gemäß in eine andere Sache eingebaut oder an eine andere Sache angebracht wurde, bevor der Mangel offenbar wurde; unser gesetzlicher Anspruch auf Ersatz entsprechender Aufwendungen (Aus- und Einbaukosten) bleibt unberührt. Die zum Zwecke der Prüfung und Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten sowie ggf. Aus- und Einbaukosten, trägt der Auftragnehmer auch dann, wenn sich herausstellt, dass tatsächlich kein Mangel vorlag. Unsere Schadensersatzhaftung bei unberechtigtem Mängelbeseitigungsverlangen bleibt unberührt; insoweit haften wir jedoch nur, wenn wir erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt haben, dass kein Mangel vorlag.

(8) Unbeschadet unserer gesetzlichen Rechte und der Regelungen in Abs. 5 gilt: Kommt der Auftragnehmer seiner Verpflichtung zur Nacherfüllung – nach unserer Wahl durch Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder durch Lieferung einer mangelfreien Sache (Ersatzlieferung) – innerhalb einer von uns gesetzten, angemessenen Frist nicht nach, so können wir den Mangel selbst beseitigen und vom Auftragnehmer Ersatz der hierfür erforderlichen Aufwendungen bzw. einen entsprechenden Vorschuss verlangen. Ist die Nacherfüllung durch den Auftragnehmer fehlgeschlagen oder für uns unzumutbar (z. B. wegen besonderer Dringlichkeit, Gefährdung der Betriebssicherheit oder drohendem Eintritt unverhältnismäßiger Schäden) bedarf es keiner Fristsetzung; von derartigen Umständen werden wir den Auftragnehmer unverzüglich, nach Möglichkeit vorher, unterrichten.

(9) Im Übrigen sind wir bei einem Sach- oder Rechtsmangel nach den gesetzlichen Vorschriften zur Minderung des Kaufpreises oder zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt. Außerdem haben wir nach den gesetzlichen Vorschriften Anspruch auf Schadens- und Aufwendungsersatz.

§ 12 Produzentenhaftung

(1) Ist der Auftragnehmer für einen Produktschaden verantwortlich, hat er uns insoweit von Ansprüchen Dritter freizustellen, als die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist und er im Außenverhältnis selbst haftet.

(2) Im Rahmen seiner Freistellungsverpflichtung hat der Auftragnehmer Aufwendungen gem. §§ 683, 670 BGB zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer Inanspruchnahme Dritter einschließlich von uns durchgeführter Rückrufaktionen ergeben. Über Inhalt und Umfang von

Rückrufmaßnahmen werden wir den Auftragnehmer – soweit möglich und zumutbar – unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.

§ 13 Haftpflichtversicherung

(1) Der Auftragnehmer hält eine (Betriebs- bzw. Berufs-)Haftpflichtversicherung auf seine Kosten aufrecht. Diese muss unter Berücksichtigung des Auftragsvolumens einen ausreichenden Versicherungsschutz für die bei der Vertragsdurchführung potentiell entstehenden Personen-, Sach- und Vermögensschäden in angemessener Höhe, jedenfalls aber in Höhe von 3 Mio. € pro Personen- oder Sachschaden pro Jahr zweifach maximiert, sicherstellen. Bei Arbeitsgemeinschaften muss der Versicherungsschutz für alle Mitglieder bestehen.

(2) Der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit eine Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht. Dem Auftraggeber sind auf Verlangen Deckungsbestätigungen zur Einsicht vorzulegen. Kommt der Auftragnehmer der Aufforderung nicht nach, hat der Auftraggeber ein Zurückbehaltungsrecht.

§ 14 Schutzrechte

(1) Der Auftragnehmer steht nach Maßgabe dieses Abs. 1 dafür ein, dass durch von ihm gelieferte Produkte keine Schutzrechte Dritter in Ländern der Europäischen Union oder anderen Ländern, in denen er die Produkte herstellt oder herstellen lässt, verletzt werden. Er ist verpflichtet, uns von allen Ansprüchen freizustellen, die Dritte gegen uns wegen einer solchen Verletzung von gewerblichen Schutzrechten erheben, und uns alle notwendigen Aufwendungen im Zusammenhang mit dieser Inanspruchnahme zu erstatten. Dies gilt nicht, soweit der Auftragnehmer nachweist, dass er die Schutzrechtsverletzung weder zu vertreten hat noch bei Anwendung kaufmännischer Sorgfalt zum Zeitpunkt der Lieferung hätte kennen müssen.

(2) Unsere weitergehenden gesetzlichen Ansprüche wegen Rechtsmängeln der an uns gelieferten Produkte bleiben unberührt.

§ 15 Verjährung

(1) Die wechselseitigen Ansprüche der Vertragsparteien verjähren nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.

(2) Abweichend von § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB beträgt die allgemeine Verjährungsfrist für Mängelansprüche 3 Jahre ab Gefahrübergang. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, beginnt die Verjährung mit der Abnahme. Die 3-jährige Verjährungsfrist gilt entsprechend auch für Ansprüche aus Rechtsmängeln, wobei die gesetzliche Verjährungsfrist für dingliche Herausgabeansprüche Dritter (§ 438 Abs. 1 Nr. 1 BGB) unberührt bleibt; Ansprüche aus Rechtsmängeln verjähren darüber hinaus in keinem Fall, solange der Dritte das Recht – insbesondere mangels Verjährung – noch gegen uns geltend machen kann.

(3) Die Verjährungsfristen des Kaufrechts einschließlich vorstehender Verlängerung gelten – im gesetzlichen Umfang – für alle vertraglichen Mängelansprüche. Soweit uns wegen eines Mangels auch außervertragliche Schadensersatzansprüche zustehen, gilt hierfür die regelmäßige gesetzliche Verjährung (§§ 195, 199 BGB), wenn nicht die Anwendung der Verjährungsfristen des Kaufrechts im Einzelfall zu einer längeren Verjährungsfrist führt.

§ 16 Rechtswahl und Gerichtsstand

(1) Für diese AEB Liefer- und Werkleistungen und die Vertragsbeziehung zwischen uns und dem Auftragnehmer gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere des UN-Kaufrechts.

(2) Ist der Auftragnehmer Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuchs, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlicher – auch internationaler – Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten unser Geschäftssitz in Mannheim. Entsprechendes gilt, wenn der Auftragnehmer Unternehmer im Sinne von § 14 BGB ist. Wir sind jedoch in allen Fällen auch berechtigt, Klage am Erfüllungsort der Lieferverpflichtung gemäß diesen AEB Liefer- und Werkleistungen bzw. einer vorrangigen Individualabrede oder am allgemeinen Gerichtsstand des Auftragnehmers zu erheben. Vorrangige gesetzliche Vorschriften, insbesondere zu ausschließlichen Zuständigkeiten, bleiben unberührt.



PDF-Versand und Qualitätsanforderungen für Eingangsrechnung

Sehr geehrter Lieferant und Geschäftspartner,

im Rahmen der Optimierung unserer Buchhaltungsprozesse möchten wir Ihnen, wie auch uns, zukünftig den Papierversand Ihrer Rechnungsdokumente ersparen. Sie unterstützen uns bei diesen Bemühungen, in dem Sie Ihre **Rechnungen und Rechnungskorrekturen** ab sofort **im PDF-Format** per Email übermitteln und uns hierdurch auch helfen die Bearbeitungszeit Ihrer Rechnungen zu reduzieren.

Damit auch Sie diese Vorteile nutzen können, bitten wir Sie die Hinweise und Anforderungen, sowie die Qualitätsstandards in beigefügter Übersicht zwingend zu beachten und Ihre Dokumente ausschließlich an das, für die jeweilige Gesellschaft freigegebene Postfach zu versenden. Bitte Berücksichtigen Sie, dass eine Abweichung von unseren Anforderungen und Qualitätsstandards zu einer erheblichen Verzögerung bei der Bearbeitung und Begleichung führen kann.

Dieses Schreiben stellt bis auf Widerruf, die schriftliche Zustimmung der RNV, sowie der in beiliegender Übersicht genannten Gesellschaften zum Empfang von PDF-Rechnungen dar.

Im Falle weiterer Fragen zum PDF-Versand, beantworten wir Ihnen diese unter der Email-Adresse: **Kreditorenbuchhaltung@rnv-online.de**

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Kreditorenbuchhaltung

Anforderungen an den Rechnungsversand per PDF

Sehr geehrter Lieferant und Geschäftspartner,

mit dem Versand Ihrer Rechnung per PDF entscheiden sie sich für eine schnelle und effiziente Art der Übermittlung.

Hierdurch wird der Prozess der Rechnungsverarbeitung verkürzt und eine termingerechte Zahlung ermöglicht.

Bei Nutzung des Rechnungsversands per PDF beachten Sie bitte die im folgenden aufgeführten Anforderungen und Qualitätsstandards.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Anforderungen an den PDF-Rechnungsversand

Wenn Sie den elektronischen Rechnungsversand im PDF Format nutzen wollen, bestehen folgende Anforderungen:

Dateiformat:

- Es werden nur Dokumente mit der Dateiendung **.pdf** akzeptiert und verarbeitet.
- Bitte verwenden Sie keinen Passwortschutz
- Keine Sonderzeichen (:*?/"><) im Dateinamen

Dateiinhalt:

- Nur eine Rechnung je PDF-Datei
- Mehrseitige Dokumente und Anlagen bitte immer in einem PDF-Dokument zusammenfassen
- Keine separaten Anlagen möglich

Emailversand:

- Jede Gesellschaft besitzt Ihre eigene Email-Adresse. **Abweichende Belegeingänge werden nicht bearbeitet.**
- Bitte senden sie ausschließlich Rechnungen und Gutschriften/Rechnungskorrekturen an die jeweilige Email-Adresse.
- Abweichende Dokumente oder Anfragen können nicht berücksichtigt werden.

Mahnungen und sonstige Rückfragen richten Sie bitte an: **Kreditorenbuchhaltung@rnv-online.de**

Rechnungs- und Email-Adressen

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:
RG_RNV@rnv-online.de

MV Mannheimer Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:
RG_MV@rnv-online.de

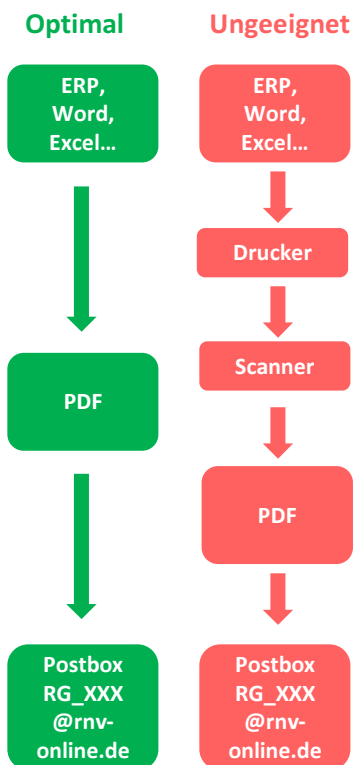
Zentralwerkstatt für Verkehrsmittel
Mannheim GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:
RG_ZWM@rnv-online.de

Anforderungen an die Rechnungsqualität

Erstellungsprozess für PDF-Rechnungen

Optimaler Weise erstellen Sie das PDF-Dokument direkt aus einem Programm (ERP, Word, Excel,...) und **nicht** aus einem gescannten Papierdokument.



Qualitätsanforderungen an eine Rechnung

Als Voraussetzung für eine schnelle Bearbeitung und Begleichung einer Rechnung, stellt die Rechnungsqualität einen entscheidenden Faktor dar. Unterstützen Sie daher die Verbesserung der Rechnungsverarbeitungszeiten in dem Sie die folgenden **Mindestanforderungen** beachten:

- Korrekte und vollständige Rechnungsanschrift der beauftragenden Gesellschaft
- Angabe der korrekten RNV-Bestellnummer
- Rechnungsdetails (Menge, Preis, Bezeichnung, Zahlungsbedingung,...) und Abrechnungsweise entsprechen der zugehörigen Bestellung
- Es wird nur eine Bestellung je Rechnung abgerechnet
- Ausweis von Netto-, Steuer- und Bruttobetrag
- Angabe der Währung
- Ausweis des Liefer- / Leistungsdatums
- Ihre Umsatzsteuer-ID ist enthalten
- Ihre Bankverbindung (IBAN + BIC) ist angegeben
- Keine handschriftlichen Angaben
- Um eine gute Lesbarkeit zu gewährleisten, sollte möglichst ein weißer Rechnungshintergrund gewählt werden

Für den Ausnahmefall einer Rechnung ohne Bestellung geben Sie bitte den vollständigen Namen, sowie die Email-Adresse des Anforderers an.

Beispielrechnung

Entsprechend dem RNV-Qualitätsstandard



Rechnung

Rechnungsdatum: 01.10.2020
Rechnungsnummer: RG123456

Rechnungsanschrift:

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

RNV-Bestellnummer: 4xxxxxxxxx

Bezeichnung, Menge, Preis, Lieferschein, Positionsbetrag, ...

Bezeichnung	Menge	Preis	Lieferschein	Positionsbetrag

Liefer- / Leistungsdatum: 30.09.2020

Zahlungsbedingung:	Netto:	1.000,00 EUR
30 Tage netto	MwSt 16 %:	160,00 EUR
	Gesamt:	1.160,00 EUR

IBAN: DExx xxxx xxxx xxxx xx
BIC: xxxxxxxxxxxx

Ust.ID: DE123456789

[GUW Vogelstang, Technische Ausrüstung]
[225-25-EK7]

Angebotsschreiben

Name und Anschrift des Bieters/der Bietergemeinschaft

Klicken Sie hier, um Text einzugeben

Betreff: **[GUW Vogelstang, Technische Ausrüstung]**
[225-25-EK7]

Hiermit unterbreiten wir Ihnen das nachfolgende Angebot für folgendes Los/für folgende Lose

☐ Los 1: Gleichstromanlage

☐ Los 2: Gleichrichter

an das wir uns bis zum Ablauf der Bindefrist am [15.10.2025] gebunden halten.

Wir haben unser Angebot ausschließlich auf Grundlage der Angaben der Vergabeunterlagen erstellt.

[GUW Vogelstang, Technische Ausrüstung]
[225-25-EK7]
1. Angebotsinhalt

Bestandteile unseres Angebotes (Vertragsbestandteile), an die wir uns bis zum Ablauf der Bindefrist gebunden halten, sind neben diesem Angebotsschreiben folgende Unterlagen:

Vertragsbestandteil	Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Unterlage	Vom Bieter ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen
Allgemeine Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leistungsbeschreibung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Allgemeine Angaben zum Unternehmen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Bei Eignungsleihe/ Bietergemeinschaft: Formblatt Eigenerklärung Ausschlussgründe	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (bei Bedarf)
Bei Nachunternehmereinsatz: Erklärung Nachunternehmer	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (bei Bedarf)
Eigenerklärung in Bezug auf EU-Sanktionen gegen Russland	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Angaben zu Eignungskriterien (K.O.-Kriterien)	<input checked="" type="checkbox"/> auf Vergabeplattform	<input checked="" type="checkbox"/> Eingabe auf der Vergabeplattform

2. Ansprechpartner

Als vertretungsberechtigten Ansprechpartner benennen wir:

Name	
Anschrift	
Telefon	
Telefax	
E-Mail-Adresse	

3. Umsatzsteuernummer und Bankverbindung

Umsatzsteuer-Nr.	
Bankverbindung	
Kontoinhaber	
IBAN	
BIC	

Wird das Angebot von einer Bietergemeinschaft erstellt, bitte die Daten des für die Rechnungsstellung und den Zahlungsempfang festgelegten Unternehmens eintragen.

[GUW Vogelstang, Technische Ausrüstung]
[225-25-EK7]

4. Preisangebot

Wir bieten die in den Vergabeunterlagen beschriebenen Leistungen zu den von uns im

Preisblatt/Leistungsverzeichnis

eingesetzten Preisen an.

Mit Annahme dieses Angebots durch den Auftraggeber kommt der Vertrag zustande.

Hier gemäß § 126b BGB eintragen:

Klicken Sie hier, um Text einzugeben

(Name des Ausstellers dieser Erklärung) für (Firmenname und Rechtsform)

225-25-EK7

Allgemeine Angaben zum Unternehmen eines Einzelbieters

Name des Bieters		
Rechtsform		
Anschrift		
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	

Hier gemäß § 126b BGB eintragen:

 (Firmenname und Rechtsform)

225-25-EK7

Allgemeine Angaben zu den Unternehmen einer Bietergemeinschaft

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bietergemeinschaft

Name des geschäftsführenden Unternehmens		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

225-25-EK7

Name des Bietergemeinschaftsmitglieds [1]		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

225-25-EK7

Name des Bietergemeinschaftsmitglieds [2]		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

225-25-EK7

Name des Bietergemeinschaftsmitglieds [3]		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

GUW Vogelstang, technische Ausrüstung - Gleistromanlagen, Gleichrichter

225-25-EK7

erklären, uns im Falle der Angebotsaufforderung zu einer Bietergemeinschaft und im Falle der Auftragserteilung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.

Wir erklären weiterhin, dass

- das oben bezeichnete geschäftsführende Unternehmen die Bietergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, dies schließt die Abgabe von Erklärungen im Vergabeverfahren ein – dazu gehören auch Angaben zu unserer technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit;
- alle Mitglieder im Auftragsfalle für die Erfüllung des Vertrages als Gesamtschuldner haften;
- das oben bezeichnete geschäftsführende Unternehmen berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung Zahlungen anzunehmen.

225-25-EK7

Erklärung zur Nichtvorlage einer wettbewerbsbeschränkenden Abrede i. S. d. § 1 GWB

[Aufforderung Abgabe einer Erklärung über die Gründe für die Bildung einer Bietergemeinschaft]

[Zu unterschreiben von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft]

[Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in der Plattform hochladen.]

Unterschrift:

(Name des erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

225-25-EK7

Unterschrift:

(Name des erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Unterschrift:

(Name des erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Unterschrift:

(Name des erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

**- nur im Falle einer Bietergemeinschaft oder
Eignungsleihe auszufüllen -**

Hinweis: Dieses Formblatt muss nur in den nachfolgenden Anwendungsfällen ausgefüllt werden:
Im Falle einer Bietergemeinschaft muss dieses Formblatt durch **jedes Mitglied der Bietergemeinschaft** ausgefüllt werden.
Im Falle der Inanspruchnahme der Kapazitäten eines anderen Unternehmens zum Nachweis der Eignung des Bieters (**Eignungsleihe**) muss dieses Formblatt **auch durch diesen qualifizierten Nachunternehmer** ausgefüllt werden. Hierzu ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

Name der Bietergemeinschaft / des qualifizierten Nachunternehmers

1. Erklärung gemäß § 123 Abs. 1 GWB**Entweder:**

- ☐ Erklärung, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bieters/des Mitglieds der Bietergemeinschaft zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt wurde oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:
- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),

- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:

☐ Erklärung, dass zwar eine solche Situation besteht, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind

oder

☐ Erklärung, dass aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

2. Erklärung gemäß § 123 Abs. 4 GWB

Enweder

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in der folgenden Situation befindet:

Das Unternehmen ist seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und dies wurde durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt oder kann durch den öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise nachgewiesen werden.

Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind

oder

☐ Erklärung, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

oder falls diese Erklärungen nicht abgeben werden können:

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

3. Erklärung gemäß § 124 Abs. 1 GWB

Enweder

- ☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in einer der folgenden Situationen befindet:
- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,
 - das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,
 - das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung,
 - es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
 - es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss nicht wirksam beseitigt werden kann,
 - eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss beseitigt werden,

- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,
- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.

Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als drei Jahre ab dem betreffenden Ereignis vergangen sind

oder

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies bei pflichtgemäßer Ermessensausübung, insbesondere unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

4. Erklärung gemäß § 124 Abs. 2 GWB**Zu § 21 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz)****Entweder**

☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG vorliegt.

Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

Zu § 98c AufenthG (Aufenthaltsgesetz)**Entweder**☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 98c AufenthG vorliegt.**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

Zu § 19 MiLoG (Mindestlohngesetz)**Entweder**☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 19 MiLoG vorliegt.**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

Zu § 21 SchwarzArbG (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz)**Entweder**☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 SchwarzArbG vorliegt.**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

5. Angaben zum wettbewerbskonformen Verhalten

☐ Erklärung, dass unser Unternehmen sowie die jeweiligen geschäftsführenden Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren keine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen oder in sonstiger Weise wettbewerbswidrig oder unlauter gehandelt haben.

Zu unterschreiben von qualifiziertem Nachunternehmer oder Mitgliedern einer Bietergemeinschaft:

(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer

Hinweis: Sofern der Bieter zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens (qualifizierter Nachunternehmer) benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des qualifizierten Nachunternehmers in Anspruch nehmen will.

Außerdem muss der Bieter durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses qualifizierten Nachunternehmers nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Nachunternehmer, die der Bieter für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

Ergänzend zu diesem Formblatt sind vom qualifizierten Nachunternehmer auch die Formblätter B.IV.1. und B.VIII.1. auszufüllen.

Sofern der Bieter mehrere andere Unternehmen benennen will, ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

Name des qualifizierten Nachunternehmers	
Rechtsform	
Anschrift	
Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister des Landes, in welchem der Nachunternehmer ansässig ist	<input type="checkbox"/> Ja, ein entsprechender Nachweis ist dem Teilnahmeantrag beigelegt. <input type="checkbox"/> Keine Eintragung.
<u>Zur ggf. erforderlichen Abfrage im Korruptionsregister und im Gewerbezentralregister:</u> Name, Vorname, Geburtsdatum und -ort des gesetzlichen Vertreters, bei Personengesellschaften der geschäftsführenden Gesellschafter	
Telefon	
Telefax	
E-Mail	
Ansprechpartner	
Angabe, wofür die Kapazitäten dieses anderen Unternehmens in Anspruch genommen werden	[ggf. erforderliche Zulässigkeitsnachweise]

Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens

Wir verpflichten uns, dem Bieter / der Bietergemeinschaft

im Auftragsfalle die erforderlichen Mittel, für deren Nachweis wir vom Bieter zum Nachweis seiner Eignung benannt wurden, zur Verfügung zu stellen.

Zu unterschreiben von qualifiziertem Nachunternehmer:

(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die **russische Staatsangehörigkeit** des Bewerbers/Bieters oder die **Niederlassung** des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das **Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent**,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder **auf Anweisung von Personen oder Unternehmen**, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Bereits vor dem 9. April 2022 geschlossene Verträge mit solchen Personen oder Unternehmen mit Bezug zu Russland dürfen nur bis zum 10. Oktober 2022 fortgeführt werden.

Baumaßnahme

Leistung

GUW Vogelstang, technische Ausrüstung - Gleistromanlagen, Gleichrichter

Ich/Wir erkläre(n), dass für mein/unser Unternehmen **keiner** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Fälle zutrifft.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir zur Ausführung des Auftrags für Teile der Leistung

☐ **nicht** die Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ folgende Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ Die Leistungen **keines** Eignungsverleihers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.

☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.

☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmen beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmen beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Nachunternehmers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Lieferanten überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

Datum/Unterschrift (bei elektronischer Übermittlung: Name der erklärenden Person)



Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, 11014 Berlin

- Nur per E-Mail -

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Fachaufsicht führende Ebenen in den Ländern

Krausenstraße 17-18
10117 Berlin
Postanschrift
11014 Berlin
Tel +49 30 18 681-16882
Fax +49 30 18 681-516882
BW17@bmi.bund.de
www.bmwsb.bund.de

Sanktionen der EU gegen Russland

Verordnung (EU) 2022/576
BW17-70409/2#1
Berlin, 14. April 2022
Seite 1 von 3

I. EU-Sanktionen gegen Russland

Durch *Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren* hat die EU verschärfte Sanktionen gegen Russland erlassen.

Vorbehaltlich kommender Auslegung durch die Europäische Kommission werden nachfolgend erste Hinweise dazu gegeben.

II. Verbot der Auftragsvergabe

Nach Artikel 5k der Verordnung ist es verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen an Personen oder Unternehmen zu vergeben, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen und im Vergabeverfahren unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftreten.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,

- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Das Verbot erstreckt sich auch auf mittelbar am Auftrag beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten und Eignungsverleiher eines Bewerbers oder Bieters, soweit ihr Anteil, gemessen am Auftragswert, zehn Prozent übersteigt.

Ebenfalls vom Verbot umfasst sind Verträge, die vom Anwendungsbereich des GWB ausgenommen sind (insbesondere § 107 Absatz 1 Nummer 1 und 4, Absatz 2 Nummer 1, § 116 und § 145 Nummer 1 bis 6).

Von den Bewerbern oder Bietern in neuen und laufenden Vergabeverfahren ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern. Angebote von Unternehmen, die eine solche Erklärung trotz entsprechender Anforderung nicht abgeben, sind von der Wertung auszuschließen (§ 16 EU Nummer 4, § 16 VS Nummer 4 VOB/A).

III. Fortführung bestehender Verträge

Bestehende Verträge mit den unter II. a)-c) Genannten, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden, dürfen nach dem 10. Oktober 2022 nicht fortgeführt werden.

Das gilt auch für Verträge mit Auftragnehmern, an denen die unter II. a)-c) Genannten mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher beteiligt sind. Die Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher sind vorzugsweise auszutauschen. Ist der Hauptauftragnehmer nicht zum Austausch bereit, ist der Vertrag unter Berufung auf das EU-rechtlich unmittelbar geltende Erfüllungsverbot zum 10. Oktober 2022 zu kündigen.

Auch für bestehende Verträge ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern.

IV. Ausnahmen

Von dem Verbot der Auftragsvergabe und der Fortführung der Verträge enthält Art 5k Absatz 2 Ausnahmen. Für den Bundeshochbau können insbesondere Buchstabe a (Baumaßnahmen im Zusammenhang mit Atomanlagen/Endlagern) und Buchstabe d (Auslandsbau) einschlägig sein.

Eine Ausnahme bedarf der über mich einzuholenden Genehmigung der durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz noch zu benennenden zuständigen Behörde.

V. Zuwendungsbau

Die EU-Verordnung gilt für öffentliche Aufträge (§ 103 GWB) und Konzessionen (§ 106 GWB). Sie findet damit im Zuwendungsbau Anwendung, falls der Zuwendungsempfänger öffentlicher Auftraggeber nach § 99 GWB, Sektorenauftraggeber nach § 100 GWB oder Konzessionsgeber nach § 101 GWB ist. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, kommt es auf den Inhalt des Zuwendungsbescheids an.

VI. Inkrafttreten

Der Erlass gilt mit sofortiger Wirkung und setzt die Verordnung (EU) 2022/576 um. Eine Erstreckung auf den Unterschwellenbereich wird noch geprüft.

Im Auftrag

gez.

Janssen

Anlagen
Verordnung (EU) 2022/576 vom 8. April 2022
Formblatt für Eigenerklärungen

LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung

08.08.2025

Verfahren: 225-25-EK7 - GUW Vogelstang, technische Ausrüstung - Gleistromanlagen, Gleichrichter

SKONTO

Skonto zugelassen	Nein
Zahlungsziel (falls zugelassen)	Tag(e)
Skonto	_____ %

AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

1	LOS Gleichstromschaltanlage	EUR
----------	------------------------------------	------------------

Leistungsart: Lieferleistung
Zuschlagskriterium: Niedrigster Preis
Klassifizierung: Stromrichter (31151000-9)
 Gleichrichter (31153000-3)
 Elektrizitätsverteilungs- und -schalteinrichtungen (31200000-8)
 Elektrische Geräte zum Schalten oder Schützen von Stromkreisen (31210000-1)
 Teile von Elektrizitätsverteilungs- oder -schalteinrichtungen (31230000-7)
 Bedarf für die Stromversorgung (31682000-0)
 Mittelspannungsanlagen (31682300-3)

Lieferung von 3-feldriger Gleichstromanlage bestehend aus einer Plusverteilung, Gleichrichterbedienfeld mit 1 Streckenabgangsfeld

Technische Daten Gleichstromanlage

Die Gleichstromanlage setzt sich aus folgenden Teilkomponenten zusammen:

1 Stück Plusverteilung/Gleichrichterbedienfeld
1 Stück Streckenabgangsfeld
Elektrotechnische Angaben Gleichstromanlage:
Nennspannung 900V
Bemessungs- Isolationsspannung 1,2kV
Bemessungs- Stehstossspannung 8kV
(Leiter gegen Erde)
Stehwechselspannungspegel Hauptstromkreise 3,6kV
(Leiter gegen Erde)
Stehwechselspannungspegel Hilfsstromkreise 2kV
Nennstrom der Sammelschiene 3kA
DC-Hilfsspannung 60V
DC-Hilfsspannung SPS-Steuerung 24V
Schutzart Leistungsschalterfeld IP20

Schutzart Niederspannungsnische IP40

Die Gleichstromanlage ist:

- isoliert aufzubauen, zentral zu Erden und über ein Stromrelais definiert abzusichern
- ist zusätzlich mit einer zentralen Schnittstelle für eine Fernwirkanbindung (Draht-Technik) auszurüsten
- für die Fernsteuerung u. Fernmeldung ist eine getrennte Klemmleiste mit Trennklemmen Fabrikat Phönix MTK oder gleichwertig vorzusehen
- mit zusätzlichen Prüfbuchsen für Messungen bei den DC-Trennverstärker vorzusehen
- mit einem Blindschaltbild auf den jeweiligen Feldern zu versehen
- Die Sammelschiene ist blau und die Rückleitorschiene rot zu lackieren

1.1 Plusverteilungsfeld/ Gleichrichterbedienfeld (1000 mm Feldbreite)

EUR

Plusverteilungsfeld/ Gleichrichterbedienfeld (1000 mm Feldbreite)

Lieferung und Montage eines Kombinationsfelds (Plusverteilungsfelds/ Gleichrichterbedienfelds) , Farbanstrich RAL 7035, bestehend aus einer verwindungsfreien Stahlkonstruktion, mit zwei einflügeligen vorderseitigen Türen (ein Stück mit Klarsichtfenster), Isoliertrennwänden, einschl. erforderlicher Montageplatten, Stützer, Kabelkanäle und Leitungen (halogenfrei), Klemmen, Verdrahtungen etc.
Die Gerüßtschluß - Schutzeinrichtung ist in dem Kombinationsfelds unterzubringen.
Zusätzlich muss der 20 kV UMZ-Schutzschalter, sowie der 20 kV Prüfschalter in das Feld integriert werden.
Außerdem müssen 6 Stück Pluskabel 240mm² als Verbindung zum Gleichrichter angeschlossen werden.
Jedes Kabel ist auf Stromführung zu messen, zu vergleichen und anzuzeigen.
Bei den DC-Trennverstärkern sind zusätzliche Prüfbuchsen für Messungen vorzusehen.
Rückleiterverschienenung aus Cu 2x120x10 mm² mit Anschlussmöglichkeit von 8 Rückleiterkabel.
Die Rückleitorschiene ist in roter Farbe zu lackieren.
In dem Gleichrichterbedienungsfe Id werden 6 Stück Minuskabel 240mm² als Verbindung zum Gleichrichter angeschlossen.
Kupferverschienenung aus 2x120x10 mm² für Sammelschiene (blau

lackiert), sowie
Rückleiterverschiebung aus Cu 2x120x10 mm² zum Rückleiterfeld (rot lackiert)

Das Kombinationsfelds darf auf Grund der bauörtlichen Gegebenheiten die max. genannten Abmessungen nicht überschreiten.

Abmessung: 2200x1000x800 (HxBxT) mm

Kombinationsfeld bestückt mit folgenden Bauteilen

1.1.1	Stromrelais-Auslösung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück		

Nennstrom: 80 A
Einstellbereich: 60-120 A DC
Fabrikat Elektroba MAS oder gleichwertig

.....
pro 1,00 Stück

.....

Textergänzungen/Eigenschaft

Fabrikat:

Typ:

1.1.2	Potentialüberwachungsrelais Warnung/Auslösung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück		

Nennspannung 1.000 V DC
Nach DIN EN 50122 / Teil 1
Fabrikat ESN, Typ 8521 oder gleichwertig

.....
pro 1,00 Stück

.....

Textergänzungen/Eigenschaft

Fabrikat:

Typ:

1.1.3	Nebenwiderstände: 1.000 A/60 mV	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	8,00	Stück pro 1,00 Stück

1.1.4	DC Trennverstärker	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	8,00	Stück pro 1,00 Stück
	DC Trennverstärker: Eingang ± 120 mV UH 60 V DC Ausgang ± 20 mA/10V Fabrikat Müller und Ziegler oder gleichwertig					
	Textergänzungen/Eigenschaften Fabrikat: Typ:					

1.1.5	Drehstrom-Strommesser: Messber. 0-20 mA/10V Größe 48x 96 Skala 0-2 kA	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	8,00	Stück pro 1,00 Stück

1.1.6	Diazed Sicherungselement 750 V	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück

1.1.7	Sicherungsautomaten mit Hilfskontakten (2 Wechsler)	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	Stück pro 1,00 Stück
	Fabrikat ABB S202 K20 oder gleichwertig					
	Textergänzungen/Eigenscha ften					
	Fabrikat:					
	Typ:					
1.1.8	Sicherungsautomaten mit Hilfskontakten (2 Wechsler)	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	Stück pro 1,00 Stück
	Fabrikat ABB S202 K16 oder gleichwertig					
	Textergänzungen/Eigenscha ften					
	Fabrikat:					
	Typ:					
1.1.9	Überspannungsableiter	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück
	Fabrikat Siemens, Typ 3EB2 003-7D oder gleichwertig					
	Textergänzungen/Eigenscha ften					
	Fabrikat:					
	Typ:					

1.1.10 Erdungsbolzen	USt. [%] 19%	Menge 3,00	Einheit Stück	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Stück	Gesamtpreis [EUR]
für die gleichstromseitige Erdung des Gleichrichters und der Rückleiterstromsammelschiene					
1.1.11 Trennschalter für Plus- und Minustrenner	USt. [%] 19%	Menge 2,00	Einheit Stück	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Stück	Gesamtpreis [EUR]
mit Zugösenhebel und Sperrmagnet 60 VDC mit Hilfskontakten (4S + 4O) Nennstrom 3.150 A, Nennspannung 1.500 VDC Fabrikat Rittert oder gleichwertig					
Textergänzungen/Eigenschaften Fabrikat: Typ:					
1.1.12 Nebenwiderstände 3.000 A/60 mV	USt. [%] 19%	Menge 1,00	Einheit Stück	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Stück	Gesamtpreis [EUR]
1.1.13 DC Trennverstärker	USt. [%] 19%	Menge 1,00	Einheit Stück	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Stück	Gesamtpreis [EUR]
DC Trennverstärker: Eingang ± 120 mV					

UH 60 V DC Ausgang ± 20 mA/10V
 Fabrikat Müller und Ziegler oder gleichwertig

Textergänzungen/Eigenschaften

Fabrikat:

Typ:

1.1.14	Drehspul-Strommesser	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück		
	Messbereich 0-20 mA/10V Größe 72x72 Skala 0-6 kA			 pro 1,00 Stück

1.1.15	DC Trennverstärker	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück		
	DC Trennverstärker: Eingang ± 1.000 V UH 60 V DC Ausgang ± 20 mA Fabrikat Müller und Ziegler oder gleichwertig			 pro 1,00 Stück

Textergänzungen/Eigenschaften

Fabrikat:

Typ:

1.1.16	Drehspul-Spannungsmesser	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück		
	Messbereich 0-20 mA Größe 72x72 Skala 0-1.000 V			 pro 1,00 Stück

1.1.17 DC Trennverstärker	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück
DC Trennverstärker: Eingang 0-2 A UH 60 V DC Ausgang ± 10 mA Fabrikat Müller und Ziegler oder gleichwertig					
Textergänzungen/Eigenschaften Fabrikat: Typ:					
1.1.18 Drehspul-Strommesser	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück
Messbereich 1 A Größe 72x72 Skala 100/200 A					
1.1.19 Drehspul-Bimetallstrommesser	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück
Messbereich 1 A Größe 72x72 Skala 100/120 A					

1.1.20	Steuerschalter Ort/Aus/Fern	USt. [%] 19%	Menge 1,00	Einheit Stück	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Stück	Gesamtpreis [EUR]
	Fabrikat Moeller oder gleichwertig					
	Textergänzungen/Eigenscha ften Fabrikat: Typ:					
<hr/>						
1.1.21	Steuertaster Direkt EIN	USt. [%] 19%	Menge 1,00	Einheit Stück	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Stück	Gesamtpreis [EUR]
	mit Selbstrückholung Fabrikat Moeller oder gleichwertig					
	Textergänzungen/Eigenscha ften Fabrikat: Typ:					
<hr/>						
1.1.22	Steuerdrucktaster LS- Ein / Aus / Quitt	USt. [%] 19%	Menge 3,00	Einheit Stück	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Stück	Gesamtpreis [EUR]
	Fabrikat Moeller oder gleichwertig					
	Textergänzungen/Eigenscha ften Fabrikat: Typ:					
<hr/>						

1.1.23 elektronische Stellungsmelder	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	1,00	Stück		

elektronische Stellungsmelder 20-kV Leistungsschalter
60V DC
Fabrikat Messma oder gleichwertig

.....
pro 1,00 Stück

.....

Textergänzungen/Eigenschaften

Fabrikat:

Typ:

1.1.24 Diazed Sicherungselement 750 V	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	2,00	Stück		

.....
pro 1,00 Stück

.....

1.1.25 Sicherungsautomaten	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	2,00	Stück		

mit Hilfskontakten (2 Wechsler)
Fabrikat ABB S202 K25 oder gleichwertig

.....
pro 1,00 Stück

.....

Textergänzungen/Eigenschaften

Fabrikat:

Typ:

1.1.26 Sicherungsautomaten	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	2,00	Stück		

mit Hilfskontakten (2 Wechsler)
Fabrikat ABB S202 K20 oder gleichwertig

.....
pro 1,00 Stück

.....

Textergänzungen/Eigenschaften

Fabrikat:

Typ:

1.1.27 Sicherungsautomaten	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	2,00	Stück		
mit Hilfskontakten (2 Wechsler) Fabrikat ABB S202 K16 oder gleichwertig			 pro 1,00 Stück

Textergänzungen/Eigenschaften

Fabrikat:

Typ:

1.1.28 DC/DC Wandler 60/24 VDC	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	1,00	Stück		
DC/DC Wandler 60/24 VDC Fabrikat Phoenix, Typ QUINT-PS60/24 DC/10 oder gleichwertig			 pro 1,00 Stück

Textergänzungen/Eigenschaften

Fabrikat:

Typ:

1.1.29 Hilfsschütze	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	12,00	Stück		
Hilfsschütze Fabrikat Moeller oder gleichwertig			 pro 1,00 Stück

Textergänzungen/Eigenscha ften
 Fabrikat:
 Typ:

1.1.30	Hilfsrelais (2 Wechsler) 24 VDC	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	16,00	Stück		
	Fabrikat Finder, Typ 58.32.09.024.0050 oder gleichwertig			 pro 1,00 Stück

Textergänzungen/Eigenscha ften
 Fabrikat:
 Typ:

1.1.31	Hilfsrelais (4 Wechsler) 60 VDC	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	12,00	Stück		
	Fabrikat Finder, Typ 58.34.09.60.0050 oder gleichwertig			 pro 1,00 Stück

Textergänzungen/Eigenscha ften
 Fabrikat:
 Typ:

1.1.32	LED Anzeigemodul	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück		
	LED Anzeigemodul für die Anzeige von 16 Meldungen mit Quittierung u. Deblockierung von anstehenden Störmeldungen.60 VDC Fabrikat ESS oder gleichwertig			 pro 1,00 Stück

Textergänzungen/Eigenschaften

Fabrikat:

Typ:

1.1.33	speicherprogrammierbare Steuerung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück		

.....
pro 1,00 Stück

.....

speicherprogrammierbare Steuerung
kompl. mit Programmerstellung mit den
Funktionen Erfassen von Stellungen
und Störmeldungen sowie Messwerten
- Digitale Eingangskarte für 32 Eingänge
- Digitale Ausgangskarte für 32 Ausgänge

Fabrikat Siemens S7 300 oder gleichwertig

Textergänzungen/Eigenschaften

Fabrikat:

Typ:

1.1.34	Diodenmodul	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	Stück		

.....
pro 1,00 Stück

.....

Diodenmodul
Fabrikat Moeller oder gleichwertig

Textergänzungen/Eigenschaften

Fabrikat:

Typ:

1.1.35 UMZ-Schutzgerät	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	1,00	Stück		
UMZ-Schutzgerät Fabrikat Siemens, Typ 7SJ602 oder gleichwertig			 pro 1,00 Stück

Textergänzungen/Eigenschaft

Fabrikat:

Typ:

1.1.36 Prüfschalter	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	1,00	Stück		
Prüfschalter Fabrikat Siemens, Typ 7ZV72 oder gleichwertig			 pro 1,00 Stück

Textergänzungen/Eigenschaft

Fabrikat:

Typ:

1.1.37 Überlastrelais	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	1,00	Stück		
Überlastrelais: Messbereich 0,63-1 A Fabrikat Siemens oder gleichwertig			 pro 1,00 Stück

Textergänzungen/Eigenschaft

Fabrikat:

Typ:

1.1.38 Überspannungsableiter	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	1,00	Stück		

Überspannungsableiter
Fabrikat Siemens, Typ 3EB2 003-7D oder gleichwertig

.....
pro 1,00 Stück

.....

Textergänzungen/Eigenschaften

Fabrikat:

Typ:

1.1.39 Erdungsbolzen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	4,00	Stück		

Erdungsbolzen für die gleichstromseitige
Erdung des Gleichrichters und der
Gleichstromsammelschiene

.....
pro 1,00 Stück

.....

1.1.40 Lieferung eines Kombinationsfeldes	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	1,00	Stück		

bestehend aus einer verwindungsfreien Stahlkonstruktion,
mit zwei einflügligen vorderseitigen Türen (ein Stück mit
Klarsichtfenster), Isoliertrennwänden, einschl. erforderlicher
Montageplatten, Stützer, Kabelkanäle und Leitungen (halogenfrei),
Klemmen, Verdrahtungen etc. mit Montage und deren elektrische
Funktionsfähigkeit der Anlage.

.....
pro 1,00 Stück

.....

1.2	Streckenabgangsfeld 1 (800 mm Feldbreite)	EUR
------------	--------------------------------------------------	------------------

Streckenabgangsfeld 1 (800mm Feldbreite)

Lieferung und Montage von einem Streckenabgangsfeld, Farbanstrich RAL 7035, bestehend aus einer verwindungsfreien Stahlkonstruktion, zwei einflügeligen vorderseitigen Türen (ein Stück mit Klarsichtfenster), Isoliertrennwänden, einschl. erforderlicher Montageplatten, Kabelkanäle, Leitungen und Klemmen (halogenfrei), Verdrahtungen etc. Im Streckenabgangsfeld befindet sich der GS-Schnellschalter in ausziehbarer Technik, die sich hinter einem hydraulisch gedämpften Schwenkrahmen befinden. Auf dem Schwenkrahmen befinden sich die kompl. Steuereinrichtungen und deren Verdrahtung. Die Auslösemechanik des Gleichstrom-Schnellschalt ers mit Kondensatorauslösung und magnetischer Haltung, Nennstrom 2.600 A. muss in 200 A Schritten von 2-5 kA einstellbar sein. Ferner muss bei Ausfall der Steuerspannung der Schalter mechanisch abschaltbar sein. Die Steuerung der Streckenprüfung, Meldeerfassung und automatische Wiederschaltung des Streckenschalters muss über eine autarke SPS-Steuerung (36 Ein- und 36 Ausgängen) erfolgen. Der Schutz der Gleichstromanlage sowie der Oberleitung ist über ein digitales Streckenschutzgerät zu realisieren. Für die Überwachung der Speisekabel ist ein autarkes Kabelüberwachungsrelais einzusetzen. Der Kabelabgang ist so zu dimensionieren, dass zwei 400 mm² Kabel angeschlossen werden können. Es sind zwei Erdungsbolzen zum Erden des Streckenabgangs vorzusehen. Ein Streckenabgangsfeld darf auf Grund der bauörtlichen Gegebenheiten die max. genannten Abmessungen nicht überschreiten.

Abmessung: 2200x800x800 (HxBxT) mm

Streckenabgangsfeld 1 bestückt mit folgenden Bauteilen:

1.2.1	Trennschalter für Plus- und Minustrenner	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	Stück pro 1,00 Stück
	Trennschalter für Plus- und Minustrenner mit Zugösenhebel und Sperrmagnet 60 VDC mit Hilfskontakten (4S + 4Ö) Nennstrom 2.000 A, Nennspannung 1.500 VDC Fabrikat Ritter oder gleichwertig					

Textergänzungen/Eigenschaft en
 Fabrikat:
 Typ:

1.2.2	Potentialüberwachungsrelais	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück		
	Potentialüberwachungsrelais Nennspannung 1.000 V DC Einstellbereich 65-160 V DC Fabrikat ESN, Typ 853700 oder gleichwertig			 pro 1,00 Stück
	Textergänzungen/Eigenschaften Fabrikat: Typ:					
1.2.3	Spannungsmelderrelais	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück		
	Spannungsmelderrelais Fabrikat ESN, Typ 8592 oder gleichwertig			 pro 1,00 Stück
	Textergänzungen/Eigenschaften Fabrikat: Typ:					
1.2.4	Kabelüberwachungsrelais	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück		
	Kabelüberwachungsrelais Fabrikat ESN, Typ 853320 oder gleichwertig			 pro 1,00 Stück
	Textergänzungen/Eigenschaften Fabrikat: Typ:					

1.2.5	Bargraphenanzeige	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück		
	Bargraphenanzeige Fabrikat ESN oder gleichwertig			 pro 1,00 Stück
	Textergänzungen/Eigenschaft Fabrikat: Typ:					
1.2.6	Kabelabschlußwiderstand 1,12 MOhm	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück		
	Kabelabschlußwiderstand 1,12 MOhm Fabrikat ESN oder gleichwertig			 pro 1,00 Stück
	Textergänzungen/Eigenschaft Fabrikat: Typ:					
1.2.7	Nebenwiderstand 2.000A/60 mV	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück		
				 pro 1,00 Stück
1.2.8	Diazed Sicherungselement 750 V	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	5,00	Stück		
					

.....
pro 1,00 Stück

1.2.9	Streckenprüfschütz	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück
	Streckenprüfschütz Fabrikat Schaltbau oder gleichwertig					
	Textergänzungen/Eigenschaften Fabrikat: Typ:					
1.2.10	Streckenprüfwiderstand 27 Ohm	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück
	Streckenprüfwiderstand 27 Ohm in Schutzgehäuse Fabrikat Coudoint oder gleichwertig					
	Textergänzungen/Eigenschaften Fabrikat: Typ:					
1.2.11	DC Trennverstärker: Eingang ± 120 mV	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück
	DC Trennverstärker: Eingang ± 120 mV UH 60 V DC Ausgang ± 20 mA Fabrikat Müller und Ziegler oder gleichwertig					

Textergänzungen/Eigenschaften

Fabrikat:

Typ:

1.2.12	Drehspul-Strommesser: Messber. \pm 20 mA	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück
	Drehspul-Strommesser: Messber. \pm 20 mA Größe 72x72 Skala -2 - 0 -4 kA					

1.2.13	DC Trennverstärker: Eingang \pm 1000 V	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück
	DC Trennverstärker: Eingang \pm 1000 V UH 60 V DC Ausgang \pm 20 mA Fabrikat Müller und Ziegler oder gleichwertig					

Textergänzungen/Eigenschaften

Fabrikat:

Typ:

1.2.14	Drehspul-Spannungsmesser: Messbereich 0-20 mA	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück
	Drehspul-Spannungsmesser: Messbereich 0-20 mA Größe 72x72 Skala 0-1000 V					

1.2.15	Steuerschalter Ort/Aus/Fern	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück		
	Steuerschalter Ort/Aus/Fern Fabrikat Moeller oder gleichwertig			 pro 1,00 Stück
	Textergänzungen/Eigenscha ften Fabrikat: Typ:					

1.2.16	Steuertaster Direkt EIN	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück		
	Steuertaster Direkt EIN mit Selbstrückholung oder gleichwertig			 pro 1,00 Stück
	Textergänzungen/Eigenscha ften Fabrikat: Typ:					

1.2.17	Steuerdrucktaster LS- Ein / Aus / Quitt	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	3,00	Stück		
	Steuerdrucktaster LS- Ein / Aus / Quitt Fabrikat Moeller oder gleichwertig			 pro 1,00 Stück
	Textergänzungen/Eigenscha ften Fabrikat: Typ:					

1.2.18 elektronische Stellungsmelder GS Leistungsschalter	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück
elektronische Stellungsmelder GS Leistungsschalter 60V DC Fabrikat Messma oder gleichwertig					
Textergänzungen/Eigenschaften Fabrikat: Typ:					

1.2.19 Sicherungsautomaten	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück
Sicherungsautomaten mit Hilfskontakten (2 Wechsler) Fabrikat ABB S202 K20 oder gleichwertig					
Textergänzungen/Eigenschaften Fabrikat: Typ:					

1.2.20 Sicherungsautomaten	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	2,00	Stück pro 1,00 Stück
Sicherungsautomaten mit Hilfskontakten (2 Wechsler) Fabrikat ABB S202 K20 oder gleichwertig					

Textergänzungen/Eigenschaften

Fabrikat:

Typ:

1.2.21	DC/DC Wandler 60/24 VDC	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück		
	DC/DC Wandler 60/24 VDC Fabrikat Phoenix, Typ QUINT-PS60/24 DC/10 oder gleichwertig			 pro 1,00 Stück

Textergänzungen/Eigenschaften

Fabrikat:

Typ:

1.2.22	LED Anzeigemodul	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück		
	LED Anzeigemodul für die Anzeige von 8 Meldungen mit Quittierung u. Deblockierung von anstehenden Störmeldungen.60 VDC Fabrikat ESS oder gleichwertig			 pro 1,00 Stück

Textergänzungen/Eigenschaften

Fabrikat:

Typ:

1.2.23	Leistungsschütze 60 VDC	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	Stück		
	Leistungsschütze 60 VDC Fabrikat Moeller oder gleichwertig			 pro 1,00 Stück

Textergänzungen/Eigenschaft
 Fabrikat:
 Typ:

1.2.24	Hilfsschütze 60 VDC	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	4,00	Stück		
	Hilfsschütze 60 VDC Fabrikat Moeller oder gleichwertig			 pro 1,00 Stück

Textergänzungen/Eigenschaft
 Fabrikat:
 Typ:

1.2.25	Hilfsrelais (2 Wechsler) 24 VDC	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	14,00	Stück		
	Hilfsrelais (2 Wechsler) 24 VDC Fabrikat Finder, Typ 58.32.09.024.0050 oder gleichwertig			 pro 1,00 Stück

Textergänzungen/Eigenschaft
 Fabrikat:
 Typ:

1.2.26	Hilfsrelais (4 Wechsler) 24 VDC	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	Stück		
	Hilfsrelais (4 Wechsler) 24 VDC Fabrikat Finder, Typ 58.34.09.024.0050 oder gleichwertig			 pro 1,00 Stück

Textergänzungen/Eigenschaft

Fabrikat:

Typ:

1.2.27	Hilfsrelais (4 Wechsler) 60 VDC	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	8,00	Stück		

Hilfsrelais (4 Wechsler) 60 VDC
Fabrikat Finder, Typ 58.34.09.60.0050
oder gleichwertig

.....
pro 1,00 Stück

.....

Textergänzungen/Eigenschaft

Fabrikat:

Typ:

1.2.28	Diodenmodul	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück		

Diodenmodul
Fabrikat Moeller oder gleichwertig

.....
pro 1,00 Stück

.....

Textergänzungen/Eigenschaft

Fabrikat:

Typ:

1.2.29	Gleichstrom-Schnellschalter UR 26	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück		

Gleichstrom-Schnellschalter UR 26
mit Kondensatorauslösung und magnetischer Haltung
Nennstrom 2.600 A
Ferner muss bei Ausfall der Steuerspannung
der Schalter mechanisch abschaltbar sein
Fabrikat Secheron UR26 oder gleichwertig

.....
pro 1,00 Stück

.....

Textergänzungen/Eigenschaften

Fabrikat:

Typ:

1.2.30	Fingerkontakte für Sammelschiene	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	Stück		
	Fingerkontakte für Sammelschiene Fabrikat Secheron UR26 oder gleichwertig			 pro 1,00 Stück

Textergänzungen/Eigenschaften

Fabrikat:

Typ:

1.2.31	Digitales Streckenschutzgerät mit Bedieneinheit	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück		
	Digitales Streckenschutzgerät mit Bedieneinheit mit Kondensatorauslösung und allen systembedingten Zubehör (Trennverstärker, Spannungsteiler, LWL und Stecker) Fabrikat Siemens, Pro oder gleichwertig			 pro 1,00 Stück

Textergänzungen/Eigenschaften

Fabrikat:

Typ:

1.2.32 Speicherprogrammierbare Steuerung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück
Speicherprogrammierbare Steuerung kompl. mit Programmerstellung mit den Funktionen Erfassen von Stellungen und Störmeldungen sowie Messwerten - Digitale Eingangskarte für 32 Eingänge - Digitale Ausgangskarte für 32 Ausgänge Fabrikat Siemens S7 300 oder gleichwertig					
Textergänzungen/Eigenschaften Fabrikat: Typ:					

1.2.33 Überspannungsableiter	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück
Überspannungsableiter: Fabrikat Siemens, Typ 3EB2 010-7D oder gleichwertig					
Textergänzungen/Eigenschaften Fabrikat: Typ:					

1.2.34 Erdungsbolzen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	3,00	Stück pro 1,00 Stück
Erdungsbolzen für die gleichstromseitige Erdung des Streckenabgangfeldes und der Gleichstromsammelschiene					

1.2.35 Streckenfelds		USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück		
Lieferung eines Streckenfelds bestehend aus einer verwindungsfreien Stahlkonstruktion, mit zwei einflügligen vorderseitigen Türen (ein Stück mit Klarsichtfenster), Isoliertrennwänden, einschl. erforderlicher Montageplatten, Stützer, Kabelkanäle und Leitungen (halogenfrei), Klemmen, Verdrahtungen etc. mit Montage und deren elektrische Funktionsfähigkeit der Anlage.				 pro 1,00 Stück
Bei den DC-Trennverstärkern sind zusätzlich Prüfbuchsen für Messungen vorzusehen.						
Kupferverschienenung für Sammelschiene und Steckenabgang aus 2x120x10 mm²(blau lackiert),						
1.3	Spezifikation Kabellieferung, Verlegung und Anschluss	EUR				
1.3.1	Lieferung aller Verbindungsleitungen innerhalb der Gleichstromanlage	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	psch		
				 pro 1,00 psch
1.3.2	Verbindungskabel	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	60,00	m		
	60 m Verbindungskabel halogenfrei 2x6x240 mm²) in 10 Teillängen (Verbindung Gleichrichter und Gleichrichterbedienfeld).			 pro 1,00 m

1.3.3	Lieferung aller erforderlichen Erdleitungen zum Erden der Anlagenteile	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	psch pro 1,00 psch

1.3.4	Lieferung der Isolationsmaterial für die isolierte Aufstellung der Gleichstromanlage sowie der Oberleitungsschalteneinrichtung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	psch pro 1,00 psch

1.4	Planungsunterlagen, Dokumentation, Revision der Pläne	EUR
------------	--------------------------------------------------------------	------------------

1.4.1	Planungsunterlagen, Dokumentation, Revision der Pläne	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	psch pro 1,00 psch

An Zeichnungsunterlagen werden verlangt:

- Aufstellungspläne
- Konstruktionspläne
- Verdrahtungstabellen
- Gerätelisten
- Stromlaufpläne
- Übersichtsplan der Anlage
- Klemmenpläne

Die Pläne sind auf dem Moeller CAD-System Proplan zu erstellen.

Nach Inbetriebnahme der Anlage sind die Pläne auf den neusten Stand zu bringen.

Zur Ausführung dürfen nur Unterlagen verwendet werden, die vom Auftraggeber genehmigt sind. Diese sind dem AG rechtzeitig zur Genehmigung vorzulegen.

Zur Abnahme der Anlage hat der Auftragnehmer 2 Ordner im Format DIN A4 mit Bedien- und Wartungsvorschriften, Prüfprotokollen usw. für die wesentlichen Anlagenteile vorzulegen.

Darüber hinaus gehört eine Einweisung in die Bedienung und die Funktionsweise der gelieferten Anlage zum Leistungsumfang. Der Termin hierfür ist mit dem Auftraggeber mindestens 2 Wochen vorher zu vereinbaren.

Nach Inbetriebnahme der GS-Anlage hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber zwei Satz revidierter Pläne als Lichtpausen, sowie auf Datenträger (z.B. Diskette) zu liefern.

Der Auftragnehmer muss für die gesamte DC- Schaltanlage ein Instandhaltungsbuch erstellen, für alle Einzelkomponenten mit den Wartungsvorschriften der Gerätehersteller. Mit Angaben von Wartungsfristen um entstehende Mängel, mit denen gerechnet werden muss, festzustellen bzw. bekannte Schwachstellen rechtzeitig zu kontrollieren.

1.5 Anlagenzubehör		EUR				
1.5.1	Schaltstange für Trennschalter	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück

1.5.2	Kurzschluss- und Erdungsgarnitur	USt. [%] 19%	Menge 4,00	Einheit Stück	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Stück	Gesamtpreis [EUR]
	Kurzschluss- und Erdungsgarnitur 1-polig nach VDE 0105 Teil 3 für die Erdung innerhalb der Gleichrichteranlage					
<hr/>						
1.5.3	Abdeck- bzw. Einschubplatte	USt. [%] 19%	Menge 2,00	Einheit Stück	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Stück	Gesamtpreis [EUR]
	Abdeck- bzw. Einschubplatte für das Abdecken spannungsführender Teile im Gleichrichter oder im Streckenfeld					
<hr/>						
1.5.4	Betätigungsstange für Erdungsgarnituren	USt. [%] 19%	Menge 1,00	Einheit Stück	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Stück	Gesamtpreis [EUR]
<hr/>						
1.5.5	Halter für alle Schaltstangen	USt. [%] 19%	Menge 1,00	Einheit Stück	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Stück	Gesamtpreis [EUR]
	Halter für alle Schaltstangen, Spannungsprüfer und Erdungsgarnituren					

1.5.6	Satz Warn- und Hinweisschilder im erforderlichen Umfang	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück

1.5.7	Übersichtsschaltbild im Wechselrahmen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück

1.6	Messungen/Kurzschlussversuche	EUR
------------	--------------------------------------	------------------

1.6.1	Messungen/Kurzschlussversuche	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	psch pro 1,00 psch

Vor Aufnahme des Betriebes sind mittels Messungen folgende technische Daten der Fahrleitungsanlage zu ermitteln:

- Scheinwiderstand
- Unbeeinflusster Kurzschlussstrom
- Anstiegsteilheit des Kurzschlussstromes
- Messung Potential der Schutz- und Betriebserde

jeweils ein Kurzschluss im Gleichrichterunterwerk mit di/dt und ohne di/dt am Streckenende. Die Wirksamkeit der auf Grund der ermittelten Werte vorgenommene Schutzeinstellung, ist durch einen simulierten Kurzschluss nachzuweisen. Bei diesem Versuch ist neben dem Stromverlauf, das Potential der Schutz- und Betriebserde gegen den Bahnminus zu oszillographieren. Für die 2 Kurzschlussversuche sind aus betrieblichen Gründen (Abschaltzeit in der Zeit von 01:00 - 03:30) für eine Nacht vorzusehen

1.7 Inbetriebnahme und Einweisung**EUR****Inbetriebnahme und Überprüfung**

Inbetriebnahme und Überprüfung der beim Hersteller vorinstallierten Schaltanlagen.
Testen der Meldungen und Befehle mit Einstellen der Steckenschutzparameter.
Überprüfen der Verriegelungen und Verknüpfungen der Gleichstromanlage.

**1.7.1 Teilnahme des bauleitenden
Montageingenieurs an der Vor-
Ort-Überprüfung und
Inbetriebnahme der
Gleichstromanlage**

USt. [%]

Menge

Einheit

Einzelpreis [EUR]

Gesamtpreis [EUR]

19%**1,00****psch**.....
pro 1,00 psch

.....

**1.7.2 Einweisung des Betriebspersonals
in die Bedienungs- und
Funktionsweise der
abnahmebereiten GS- Schaltanlage**

USt. [%]

Menge

Einheit

Einzelpreis [EUR]

Gesamtpreis [EUR]

19%**1,00****psch**.....
pro 1,00 psch

.....

1.7.3	Sowie eine Fachschulung (Ausbildung von 4 Personen) in die entsprechende SPS- Steuerung sowie Streckenschutzsteuerung	USt. [%] 19%	Menge 1,00	Einheit psch	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 psch	Gesamtpreis [EUR]
--------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------	----------------------	------------------------	---------------------------------------------	----------------------------

1.7.4	Für den Testbetrieb der Gleichstromschaltanlage bei laufendem Betrieb, ist ein Zeitraum von 5 Tagen vorzusehen.	USt. [%] 19%	Menge 1,00	Einheit psch	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 psch	Gesamtpreis [EUR]
--------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------	----------------------	------------------------	---------------------------------------------	----------------------------

1.8	Stundenlohnarbeiten	EUR
------------	----------------------------	------------------

Stundenlohnarbeiten (optional)

Optional / wird nur bei Bedarf beauftragt.
Der Auftraggeber behält sich vor, den Auftrag ohne Inanspruchnahme dieser optional Positionen abzuschließen und diese Positionen nicht mehr zu beauftragen. Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf die Beauftragung oder auf das Honorar einer nicht beauftragten optional Position.

Die Stunden sind von der Bauleitung zu genehmigen bzw. anzuordnen.

1.8.1	Obermonteur für Elektroarbeiten	USt. [%] 19%	Menge 10,00	Einheit Stunde	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Stunde	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition					
	nur LV -EP					

<hr/>						
1.8.2	Zuschlag Obermonteur	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	10,00	Stunde pro 1,00 Stunde
	Zuschlag Obermonteur für Elektroarbeiten für Nacht-, Feiertagsoder Wochenendstunden. nur LV -EP					
<hr/>						
1.8.3	Fachmonteur für Elektroarbeiten	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	10,00	Stunde pro 1,00 Stunde
	nur LV -EP					
<hr/>						
1.8.4	Zuschlag Fachmonteur	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	10,00	Stunde pro 1,00 Stunde
	Zuschlag Fachmonteur für Elektroarbeiten für Nacht-, Feiertagsoder Wochenendstunden LV -EP					
<hr/>						
2	LOS Gleichrichter				EUR	

Leistungsart: Lieferleistung
 Zuschlagskriterium: Niedrigster Preis
 Klassifizierung: Gleichrichter (31153000-3)

Gleichrichter mit 3000A Nennstrom, in selbstbelüfteter Drehstrom Brückenschaltung mit Silizium-Scheibendioden, ist nach VDE 0555, Belastungsklasse VI auszulegen. Es ist der Nachweis über die Einhaltung der Belastungsklasse vorzulegen.

2.1	Gleichrichter 2.000 A	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück
	gemäß Leistungsbeschreibung					

ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	_____
Nachlass (netto)	_____
Summe inkl. Nachlass (netto)	_____
Umsatzsteuer	_____
Summe (brutto)	_____

Ausschreibung

Verfahren: 225-25-EK7 - GUW Vogelstang, technische Ausrüstung - Gleistromanlagen,
Gleichrichter

AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

EIGNUNGSKRITERIEN

1 Los 1 - "Gleichstromschaltanlage "

1.1 Eigenerklärung Referenzen

Gewichtung: 0,00%

1.1.1 Eigenerklärung Referenzen [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Haben Sie schon einmal mit dem Los, auf das Sie sich bewerben, vergleichbare Leistungen erfolgreich durchgeführt?

Der Auftraggeber behält sich vor ggf. Referenzen nachzufordern.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2 Los 2 - "Gleichrichter"

2.1 Eigenerklärung Referenzen

Gewichtung: 0,00%

2.1.1 Eigenerklärung Referenzen [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Haben Sie schon einmal mit dem Los, auf das Sie sich bewerben, vergleichbare Leistungen erfolgreich durchgeführt?

Der Auftraggeber behält sich vor ggf. Referenzen nachzufordern.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3 Vertragsgrundlage

Gewichtung: 0,00%

3.1 Akzeptanz Vertragsgrundlagen [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Bestätigen Sie hiermit, dass alleiniger Vertragsgegenstand die Vertragsgrundlagen aus den Vergabeunterlagen sind?

Hinweis:

Unzulässige Änderungen der Vergabeunterlagen, wie beispielsweise ein Verweis auf eigene AGB's oder Änderungen der Zahlungsbedingungen stellen einen Ausschlussgrund dar.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4 Allgemeine Erklärungen

Gewichtung: 0,00%

4.1 Erklärung Insolvenz [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich/wir erkläre(n), dass für mein/unser Vermögen kein vorläufiger Insolvenzverwalter bestellt worden ist. (keine Weiterführung der Geschäfte durch Insolvenzverwalter - § 22 InsO).

- ☐ Keine Auswahl getroffen
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4.2 Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich erkläre, daß ich meiner/wir unserer Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) einschließlich der Unfallversicherung ordnungsgemäß nachgekommen bin/sind.

- ☐ Keine Auswahl getroffen
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4.3 Erklärung des Bieters [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentliche falsche Angabe der vorstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.

- ☐ Keine Auswahl getroffen
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4.4 No-Spy-Erklärung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir rechtlich und tatsächlich in der Lage bin/sind, im Falle eines Zuschlages die dann im Vertrag enthaltene Verpflichtung einzuhalten, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Insbesondere bestehen zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebotes keine Verpflichtungen, Dritten solche Informationen zu offenbaren oder in anderer Weise zugänglich zu machen.

Dies gilt nicht, soweit hierfür gesetzliche Offenlegungspflichten bestehen (etwa gegenüber Stellen der Börsenaufsicht, Regulierungsbehörden oder der Finanzverwaltung), es sei denn, solche Offenlegungspflichten bestehen gegenüber ausländischen Sicherheitsbehörden. In Zweifelsfällen werde(n) ich/wir die Vergabestelle auf die gesetzliche(n) Offenlegungspflicht(en) im Rahmen der Abgabe der vorstehenden Erklärung hinweisen.

Ich/wir werden die Vergabestelle - nach Zuschlag den Auftraggeber - sofort schriftlich benachrichtigen, wenn sich hierzu eine Änderung ergibt. Dies gilt insbesondere, wenn für mich/uns eine Notwendigkeit oder Verpflichtung entsteht oder ich/wir eine solche hätte(n) erkennen können, die mich/uns an der Einhaltung der beschriebenen Vertraulichkeit hindern könnte.

Vertrauliche Informationen sind Informationen, die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind; dies können auch solche Informationen sein, die während einer mündlichen Präsentation oder Diskussion bekannt werden.

Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag eingesetzt werden. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, die bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des Vertrages ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.

- ☐ Keine Auswahl getroffen
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5 Eigenerklärung zum nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Gewichtung: 0,00%

5.1 Erklärung gem. §123 Abs. 1 GWB

Gewichtung: 0,00%

5.1.1 Erklärung gem. §123 Abs. 1 GWB [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bewerbers/des Mitglieds der Bergwerksgemeinschaft zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt wurde oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),

- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,

- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),

- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),

- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),

- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),

- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder

- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des

Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften

anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.1.2 Falls Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde:

Erklärung, dass zwar eine solche Situation besteht, jedoch mehr als 5 Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen ist.

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.1.3 Falls Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde und seit dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung weniger als fünf Jahre vergangen sind:

Erklärung, dass aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind in einer separaten Anlage zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen.

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.2 Erklärung gem. §123 Abs. 4 GWB

Gewichtung: 0,00%

5.2.1 Erklärung gem. §123 Abs. 4 GWB [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in der folgenden Situation befindet:

Das Unternehmen ist seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und dies wurde durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt oder kann durch den öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise nachgewiesen werden.

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.2.2 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein beantwortet wurde:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind.

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.2.3 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein beantwortet wurde:

Erklärung, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

5.2.4 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein beantwortet wurde und seit dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung weniger als fünf Jahre vergangen sind und das Unternehmen seinen Verpflichtungen noch nicht nachgekommen ist:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind in einer separaten Anlage zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.3 Erklärung gem. §124 Abs. 1 GWB

Gewichtung: 0,00%

5.3.1 Erklärung gem. §124 Abs. 1 GWB [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in einer der folgenden Situationen befinden.

- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,

- das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,

- das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung,

- es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,

- es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss nicht wirksam beseitigt werden kann,

- eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss beseitigt werden,

- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,

- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,

- das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.3.2 Falls Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als drei Jahre ab dem betreffenden Ereignis vergangen sind.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.3.3 Falls Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde und seit dem Tag des betreffenden Ereignis weniger als drei Jahre vergangen sind:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies bei pflichtgemäßer Ermessensausübung, insbesondere unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind in einer separaten Anlage zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.4 Erklärung gem. §124 Abs. 2 GWB

Gewichtung: 0,00%

5.4.1 Zu §19 MiLoG (Mindestlohngesetz) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund gemäß § 19 MiLoG vorliegt

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.4.2 Zu §98c AufenthG (Aufenthaltsgesetz) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 98c AufenthG vorliegt.

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.4.3 Zu §21 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach §21 AEntG vorliegt.

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.4.4 Zu § 21 SchwarzArbG (Schwarzarbeitsbekämpfung) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 SchwarzArbG vorliegt.

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.5 Angaben zum wettbewerbskonformen Verhalten

Gewichtung: 0,00%

5.5.1 Erklärung zum wettbewerbskonformen Verhalten [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Hat das Unternehmen sowie die jeweiligen geschäftsführenden Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren eine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen oder in sonstiger Weise wettbewerbswidrig oder unlauter gehandelt?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

6 Erklärungen zur wirtschaftlichen Lage

Gewichtung: 0,00%

6.1 Eigenerklärung zu Umsatz

Gewichtung: 0,00%

6.1.1 Mindestanforderung Umsatz

Angabe des Umsatzes des Bieters/der Bietergemeinschaft, welcher in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren erzielt wurde, d.h. für die Geschäftsjahre, welche in den Jahren [2022, 2023, 2024] abgeschlossen wurden.
Die Umsätze aller Mitglieder einer Bietergemeinschaft werden von der Vergabestelle addiert.

6.1.2 Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft [Mussangabe]

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft
Gesamtumsatz in EUR netto in 2022

6.1.3 Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft [Mussangabe]

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft
Gesamtumsatz in EUR netto in 2023

6.1.4 Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft [Mussangabe]

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft
Gesamtumsatz in EUR netto in 2024

6.1.5 Ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft

Mitglied 2 Bietergemeinschaft
Gesamtumsatz in EUR netto in 2022

6.1.6 Ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft

Mitglied 2 Bietergemeinschaft
Gesamtumsatz in EUR netto in 2023

6.1.7 Ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft

Mitglied 2 Bietergemeinschaft
Gesamtumsatz in EUR netto in 2024

7 Erklärungen zu Nachweisen

Gewichtung: 0,00%

7.1 Übersicht über beizufügende Nachweise

Folgende Nachweise / Angaben / Informationen sind für jeden Bieter bzw. für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft beizufügen:
- Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate)
- Versicherungspolice (alternativ schriftliche Erklärung des Versicherers über Bereitschaft zum Abschluss)

7.2 Handelsregistrauszug

Gewichtung: 0,00%

7.2.1 Handelsregistrauszug [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ein Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate) wurde dem Angebot als Anlage beigelegt.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

7.2.2 Wenn Handelsregistrauszug nicht beigelegt

Ausschlusskriterium

Wenn ein Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate) nicht für den Bieter bzw. für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft beigelegt ist:

Wurde ein solcher beantragt, ist der Nachweis über die Beantragung beigelegt und wird dieser unmittelbar nach Vorliegen unaufgefordert über die Nachrichtenfunktion nachgereicht?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

7.3 Versicherungspolice

Gewichtung: 0,00%

7.3.1 Anforderung zur Versicherungspflicht [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Die Deckungssumme der Versicherung muss im Schadensfall mindestens betragen:

- für Personenschäden: 1 Mio. Euro
- für Sach- und Vermögensschäden: 1 Mio. Euro.

Die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr muss mindestens das Zweifache der Deckungssumme betragen.

Hinweis:

Zum Nachweis, dass die oben beschriebene Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung rechtzeitig vorhanden sein wird, gibt der Bieter/die Bietergemeinschaft eine entsprechende Eigenerklärung ab.

Dabei ist zu unterscheiden:

- a) Sofern der Bieter/die Bietergemeinschaft über die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung mit mindestens den genannten Deckungssummen je Schadensart bereits verfügt, ist dies unter 13.3.2. anzukreuzen. Der Bieter hat sich zu vergewissern, dass seine Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung tatsächlich die hier geforderten Mindestdeckungssumme vollständig abdeckt. Nur, wenn er dies positiv festgestellt hat, hat der dies in der Eigenerklärung Versicherungspflicht unter 13.3.2 anzukreuzen. Die Eigenerklärung unter 13.3.2 ist ausreichend. Entsprechende Nachweise sind erst nach Zuschlagserteilung unaufgefordert dem Auftraggeber vorzulegen.
- b) Sofern der Bieter/die Bietergemeinschaft zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots über die beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung noch nicht verfügt oder aber sofern die bestehende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung nicht die genannten Deckungssummen aufweist, hat der Bieter/die Bietergemeinschaft zu prüfen, ob ihm im Zuschlagsfall eine entsprechende Versicherung gewährt werden wird. Sofern das bejaht werden kann, hat der in der Eigenerklärung unter 13.3.3 dies anzukreuzen, dass er in der Lage ist, spätestens im Auftragsfall eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung für den Zeitraum von Auftragsbeginn bis zum Vertragsende mit der geforderten Mindestdeckungssumme abzuschließen und entsprechende Nachweise unaufgefordert dem Auftraggeber nach Zuschlagserteilung vorlegen wird. Diese Erklärung ist unwiderruflich.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

7.3.2 Eigenerklärung Versicherungspflicht [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Der Bieter / Die Bietergemeinschaft erklärt hiermit, dass diese über eine in 13.3.1. beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung verfügt.

Die Deckungssumme dieser Versicherung beträgt je Schadensfall mindestens 1 Mio. Euro für Personenschäden, sowie 1 Mio. Euro für Sach- und Vermögensschäden.

Die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr beträgt mindestens das Zweifache der genannten Deckungssumme. Entsprechende Nachweise werden unaufgefordert dem Auftraggeber erst nach Zuschlagserteilung vorgelegt.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

7.3.3 Wenn Eigenerklärung Versicherungspflicht mit nein

Ausschlusskriterium

Der Bieter/die Bietergemeinschaft erklärt, dass sein Unternehmen derzeit noch nicht über die in den Vergabeunterlagen geforderte Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung verfügt.

Eine Überprüfung hat ergeben, dass dem Bieter/der Bietergemeinschaft im Zuschlagsfall eine entsprechende Versicherung gewährt werden wird. Daher ist der Bieter/die Bietergemeinschaft in der Lage, spätestens im Auftragsfall eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung für den Zeitraum von Auftragsbeginn bis zum Vertragsende mit der geforderten Mindestdeckungssumme abzuschließen und entsprechende Nachweise unaufgefordert dem Auftraggeber nach Zuschlagserteilung vorzulegen.

Diese Erklärung ist unwiderruflich.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

8 KMU

Gewichtung: 0,00%

8.1 Kleines oder mittleres Unternehmen [Mussangabe]

Bitte geben Sie Ihre Unternehmensgröße an.

Die Einordnung bezieht sich auf die Definition des Statistischen Bundesamts.

Es gelten folgende Grenzen:

Kleinstunternehmen bis 9 tätige Personen und bis 2 Mio. EUR Jahresumsatz
Kleines Unternehmen bis 49 tätige Personen und bis 10 Mio. EUR Jahresumsatz
Mittleres Unternehmen bis 249 tätige Personen und bis 50 Mio. EUR Jahresumsatz
Großunternehmen über 249 tätige Personen oder über 50 Mio. EUR Jahresumsatz

(Bietergemeinschaften gelten nur dann als KMU, wenn der überwiegende Teil des Auftrags von (einem) Partner(n) der Bietergemeinschaft erbracht wird, der/die als KMU einzustufen ist/sind.)

Ich bin/Wir sind ein _____.

- ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ Kleinunternehmen (0)
- ☐ Kleines Unternehmen (0)
- ☐ Mittleres Unternehmen (0)
- ☐ Großunternehmen (0)

Nur eine Antwort wählbar

Verfahren: 225-25-EK7 - GUW Vogelstang, technische Ausrüstung - Gleistromanlagen, Gleichrichter

LEISTUNGSKRITERIEN

- 1 Los 1 - "Gleichstromschaltanlage "
- 2 Los 2 - "Gleichrichter"

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	Angebotsschreiben_V1_fina l.docx	58,38 KB	